

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Preisprophet Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Preisprophet Nr. 926

Das „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich 1.20, monatlich 55 Pf. — Postgebühren Nr. 4069, letzter Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierteljährliche Beilage oder deren Raum 25 Pf., für Verammlungen, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf., außerdem Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

97

Freitag, den 27. April 1906.

13. Jahrg.

Am 1. Mai 1906

demonstriert das Proletariat aller Länder für Verkürzung der Arbeitszeit, für gesetzlichen Arbeiterschutz, für den Völkerfrieden und für das freie, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht!

Die Anfänge der gewerkschaftlichen Zentralorganisation in Rußland.

Wenn der Fortschritt der Arbeiterbewegung und ihre schließliche Sieg am Herzen liegt, der muß naturgemäß suchen, sich Klarheit zu verschaffen über das Wesen und den Wert der Gewerkschaften und über die Bedeutung, die ihnen zukommen ist in dem gewaltigen Ringen der Gegenwart um eine neue, gerechte, vernunft- und zeitgemäße Ordnung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse — mit einem Worte: in der modernen Arbeiterbewegung überhaupt.

Niemand, der in dieser Bewegung mitwirkt, der mitarbeitet an der Neugestaltung der Gesellschaft, kann nun etwas daran gelegen sein, Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen darum herabzuziehen und lächerlich zu machen, daß sie noch nicht das notwendige Verständnis für alle Teile der Bewegung besitzen. Bismarck darauf kommt es an, allen denen, die die Fähigkeit haben, zum vollen Verständnis sich durchzuarbeiten, die Materialien dazu zugänglich und erreichbar zu machen.

Solche Materialien bietet die Geschichte der proletarischen Kämpfe der letzten Jahrzehnte in der gesamten Kulturwelt, sehr wertvolle Beiträge hierzu liefert in der Gegenwart der gigantische Kampf unserer russischen Arbeiter und Schwärmer.

Schon vor einigen Jahren empfanden die Arbeiter verschiedener Berufe in den verschiedensten Teilen des weiten russischen Reiches, daß es eine unbedingte Notwendigkeit sei, eine Verbindung zu schaffen zwischen den Berufsorganisationen nicht nur am Orte, sondern im ganzen Reich, und ferner auch über den engen Rahmen des Einzelberufes hinaus ein einziges Band zu schlingen um diejenigen alle, die als Ausbeutete eines mit mächtiger Gewalt sich entwickelnden Kapitalismus durch das Leben verbunden, Leidensgenossen sind.

Die früheren Formen der Vereinigung innerhalb der russischen arbeitenden Bevölkerung oder, richtiger gesagt, der Lohnarbeiter Massen, hatten sich überlebt, das Leben war über sie hinausgewachsen. Sowohl die zuerstartigen Berufsorganisationen, als auch die Artile innerhalb gewisser Betriebe, die halb genossenschaftlich organisiert waren, meist mit einem mehr oder weniger gewissen Artileführer, einem Unternehmer oder Zwischenhändler, an der Spitze, konnten dem Lohnarbeiter nicht mehr bieten, seitdem auch in Rußland, zum Teil durch westeuropäische Kapitalisten, die moderne Industrie mit allen ihren Begleiterscheinungen ihren Einzug hielt, einen Siegeszug vom Baltischen Meer bis zu Tauriens lauchenden Wäldern, zum Kaspischen Meere und des Kaukasus majestätischen Häuptern und im Osten über den Ural hinaus, nach Asien hinein.

Da tauchte im Jahre 1904 der Gedanke auf, die gewerkschaftlichen Arbeiter Rußlands müßten auf einem Kongress der Vorstände ihrer Organisationen gemeinsam beraten und die Grundlage gemeinsamer Aktion zur Hebung der materiellen wie der idealen Verhältnisse der Arbeiterklasse schaffen. Es war die Vereinigung der Mechaniker von Charkow, von der diese Anregung ausging. Der Bevollmächtigte dieser gewerkschaftlichen Vereinigung wurde nach den verschiedenen Zentren des industriellen Lebens im weiten russischen Reich entsendet, um Verbindungen anzuknüpfen und für den Gedanken der einheitlichen Organisation, zunächst für den allrussischen Kongress Propaganda zu machen. So wurden Verbindungen geschlossen mit Petersburg, Moskau, Nikolajew, Obeffa, Kiew, Saratow, Woroneß, Jekaterinoslaw, Samara, Nischni Nowgorod, Kostroma, Swanowo, Woinjewsk, Oresburg und noch in mehreren anderen Städten. Im Sommer 1905 wurde ein Mandat schreiben an alle gewerkschaftlichen Arbeitervereinigungen versandt, worin zu einer Versammlung eingeladen wurde. Zugleich erhielt es auch den Entwurf eines Musterstatuts für moderne Arbeiterberufe, ein Gewerkschaftstatut, das den Bedürfnissen des industriellen Lohnarbeiters Rechnung trug. Moskauer und Petersburger Arbeitervereinigungen beteiligten sich lebhaft an den Vorbereitungen zu dem Kongress, besonders eifrig wirkten die Petersburger Buchdrucker dabei.

Ein Delegierter des Petersburger Organisations-Ausschusses begab sich nach Charkow, wo eine eingehende Erörterung stattfand über alle in Betracht kommenden Fragen. Es waren hierbei sämtliche Berufsvereinigungen der Stadt durch ihre Vorstände vertreten. Man war sich vollkommen einig über die unbedingte Notwendigkeit einer

einheitlichen Gesamtorganisation. Zugleich erkannte man aber auch, daß diese einheitliche Organisationsarbeit nicht von einer einzigen Stelle aus geleitet werden könne bei der unermesslichen Ausdehnung von Mitternachts Rußland. Die Arbeit müsse von verschiedenen Punkten aus zu gleicher Zeit in Angriff genommen werden. Es wurden zunächst die drei Zentralbüros, Charkow, Petersburg und Moskau, beschlossen worden und in Aussicht genommen, weitere für das Wolga- und das Weichselgebiet demnach zu schaffen. (Majorskatzen nennt man sie dort.) Nach der beratenden Konferenz der Vorstände Charkows, der der Petersburger Delegierte beigewohnt hatte, wurden in Petersburg mehrere Versammlungen abgehalten, in denen über die Einzelfragen noch weitere Erörterungen gepflogen wurden. In Charkow haben sich die „Zentralbüros“, wie es in Charkow beschlossen worden, und der Petersburger Delegierte begab sich nach Moskau, um auch dort die Schaffung der gleichen Institution in die Wege zu leiten.

Die wichtigste Aufgabe dieser Zentralbüros ist die Vorkarbeit für den Zusammenschluß der beruflichen Arbeiterorganisationen Rußlands. Zugleich aber liegt ihnen ob, die Arbeiter derjenigen Berufe zu organisieren, die bisher die Notwendigkeit des Zusammenschlusses nicht erkannt hatten oder außerhand gewesen waren, den Zusammenschluß auf der Basis des gemeinsamen proletarischen Berufslebens zu vollziehen.

Wie in Petersburg der Stollakow Gorodot dem Zentralbüro der Arbeiterberufevereine Obdach gewährte, so hat auch dem Moskauer Zentralbüro eine ähnliche Institution ihre gastlichen Tore geöffnet, und zwar das Museum zur Förderung der Arbeit, welches der Moskauer Abteilung der Kaiserlich Russischen Technischen Gesellschaft gehört.

Daß man es befehlungsgeachtet hier mit Gewerkschaften zu tun hat, ganz nach Art unserer General-Kommission angebotener Organisationen, geht schon aus den bei den ersten Beratungen in Charkow festgelegten Grundzügen, wie aus allen Verhandlungen späterer Konferenzen und Versammlungen hervor. Nur solche Berufsvereinigungen können sich der Zentralorganisation anschließen, die den Kampf gegen den Kapitalismus bezwecken. Deshalb sind solche Vereinigungen von launischen und Bureaukratischen von vornherein ausgeschlossen, die auch Prinzipale in ihren Reihen haben.

In Petersburg waren zu Ende des Jahres 1905 bereits 35 berufliche Organisationen der Zentrale angegeschlossen, in Moskau nahm schon im Oktober 26 ange-schlossene Vereinigungen an den Beratungen der Zentralorganisation teil.

Dabei hat man es nicht mit Organisationen von einer Handvoll Leute zu tun, sondern nach Tausenden zählen einzelne dieser gewerkschaftlichen Ortsvereine (Zahlstellen etwa nach unserer Berechnung) trotz ihrer großen Jugend. So hatte die Gewerkschaft der Tschäger in Moskau bereits im November nach Ausweis des Kassierers dieser jungen Organisation 2000 Mitglieder.

Wie anderwärts auch versuchten es die Kapitalisten, durch Maßregelungen und kleinliche Schikanen den breit-flutenden Strom des neuen Lebens zu hemmen. — Ob weit-umspannende Kabel die Träger ihres Reichums sind, ob die busigen Blätter und Blüten des sündigen Strauches die Quelle ihrer Bereicherung bilden, die gleiche Parochialität, die gleiche Annäherung bemerkt man bei den Unternehmern an der Spree wie an der Moskwa. Aber wie diese Nebenflüsse von Nebenflüssen schließlich ihre Wasser ins weite Meer hinaus ergießen, wie lang auch der Weg dahin, so fließt auch der Strom der Arbeiterorganisation zum Zwecke der Arbeiterbefreiung unaufhaltsam dem großen Ziele entgegen.

Die Maßregelung einiger ihrer Mitglieder wegen organisierten Widerstandes beantwortete die Tschäger Gewerkschaft mit dem Spruch: „Karawane“, der Tschäger, der Tschäger, deren Lebes von den teuersten bis zu den billigsten Sorten allerorten in Rußland vertreten sind. Wenn die Hunderttausende der Angehörigen der gewerkschaftlichen Organisationen und die Überhunderttausende derer, die mit ihnen sympathisieren, auf Wolgas See verzichten, dann wird die „Karawane“ wohl bald auch die übrigen Wägen nicht mehr nötig haben, dann wird sie sicher alle Organisierten los!

Wie das Unternehmertum in seinem Sinne und seinem engherzig selbstsüchtigen Interesse die Organisation zu hemmen sucht, so versucht naturgemäß die Regierung, d. h.

die herrschende Klasse, die gewaltige Bewegung der allgemeinen Umgestaltung, die Revolution, niederzudrücken und niederzuliegen. Daß der schließliche Sieg dem Volke gehört, darüber kann auch dem ärgsten Schwarzseher und Pessimisten kein Zweifel bleiben, aber freilich gibt es noch vorübergehende Siege der blutdürstigen Mörderbanden, und schwer sind dann die Opfer, die bei solchen Wechselfällen des Kampfes glücks das Volk zu tragen hat — doch nicht lange mehr, seine Stunde naht!

Welches übrigens die sittliche Höhe derer ist, gegen die der Kampf der gewerkschaftlichen Organisationen geführt wird, und die sich bis zur Gegenwart des Wohlwollens und Schutzes der Behörden zu erfreuen hatten, dafür mag folgender Vorfall als Beispiel dienen: Das Stadtoberhaupt (Stadtobschalkin) von Moskau beschied die Inhaber bezw. Leiter mehrerer großer Tabakfabriken zu sich, um den Herren zu sagen, es sei ihm zur Kenntnis gebracht worden, daß die Herren nach der Unterdrückung der Unruhen und der Wiederaufnahme der Arbeit entgegen den mit den Arbeitern getroffenen Vereinbarungen wieder die Arbeitszeit verlängert und die Löhne herabgesetzt hätten — er (der Stadtobschalkin) finde ein solches Vorgehen gegenüber den Arbeitern gewissermaßen, und er mache die Fabrikanten darauf aufmerksam, daß die volle Verantwortung für alle Folgen, die aus solchem gewissenlosen Verhalten entstehen könnten, sie, die Fabrikanten, treffe. In keinem Falle würden da die Behörden für sie eintreten.

Daß die Behörden sonst nur zu sehr für die Unternehmer eintreten, ist ja allbekannt, und manche behördlichen Stellen suchen es auch dadurch zu tun, daß sie der gewerkschaftlichen Organisationen die nicht direkt verboten werden konnte, alle erheblichen Hindernisse in den Weg legte. Hierfür liefert auch die Entstehungsgeschichte der Petersburger Schneiderorganisation einen lehrreichen Beweis.

Der 9. (22.) Januar, der Petersburger Blutsonntag, hatte allen Arbeitern die Augen öffnen lassen, sie alle mußten begriffen haben, daß man auf niemand hoffen, von niemand als von sich selbst Hilfe erwarten durfte. Nun konnten, da es schon früher gewußt haben, auch die anderen, ihre Berufs- und Leidensgenossen davon überzeugen. In einem Walde, außerhalb des Stadtbereichs, versammelten sich etwa 70 Schneider, um über die Schaffung einer Berufsorganisation zu beraten. Die Versammlung im Walde er-nannte eine Kommission zur Ausarbeitung der Statuten und der Durchführung der sonstigen Vorbereitungen. Es verging aber über ein halbes Jahr, ehe diese zustande kamen. In der ersten geschäftig abendlichen Versammlung wurden un-gesetzlicherweise die Leiter verhaftet. Später wurden die Statuten nicht genehmigt, die für Einreichenden an falsche Instanzen, die Gewerbeverwaltung, die Unternehmervertretung, verwiesen und so fort. — Inzwischen agitierten die Schneider wieder in ihren Werkstätten, bis es ihnen gelang, während der bewegten Oktoberversammlung eine Versammlung in der Universität abzuhalten und dort ihren Delegierten in den Arbeiterberufvertretern zu wählen.

Am 8. Dezember zählte ihre Organisation in Petersburg 751 Mitglieder.

Auch zur Schuhmacherorganisation wurde der Grundstein im grünen Walde gelegt, indem etwa 100 Berufs-genossen zu diesem Walde in einer der weißen Zäune sich heimlich im Waldesdunkel versammelten.

Interessant und für westeuropäische Begriffe gewiß seltsam ist, daß auch die Heiligenbild Maler, etwa hundert an der Zahl, sich zu einer Gewerkschaft zusammengeschlossen haben.

Im Werden ist ein großes, gewaltiges Werk auf dem Gebiete der Arbeiterorganisation, der Zusammenschluß des Schiffahrtspersonal aller Zweige im Wolga-Gebiet. Es handelt sich da um eine Arbeiterschaft von 180 000 Personen, welche 53 bis 55 Prozent des gesamten Transportes in Rußland bewirken. Die Eröffnung der Navigationsperiode steht nahe bevor. Eine gewisse Ungleichheit macht sich in Unternehmertreuen bemerkbar. Ungezählte Millionen könnten ihnen verloren gehen, wenn diese Hunderttausende nicht so willigen Sohne der Heimat Erde nicht mehr wie sonst auf Wägen der Wolga den Dienst verrichten sollten. Das Fieber, das manchen der Herren da schüttelt, läßt sich darum begreifen.

Eda Altman im „Correspondenzblatt“.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag beriet

der ein Geschäft in der Ankerstraße hat. Im Begriff, seinen Schaulaffen abzuheben, trat er, nur mit Hemd und Hose und Pantoffeln bekleidet, auf die Straße. Als ihn ein Schuhmann erblickte, schrie er ihn an: „Wollen Sie wohl die Straße freimachen!“ Und in demselben Augenblick schlug der Schuhmann mit der blanten Waffe bereits auf ihn ein! Zwei Säbelhiebe bekam er über den Arm und zwei über den Kopf. Im Alexielligen-Hospital wurde er verbunden. Dort standen zwei Wundärzte vor der Tür Posten. Der eine sagte beim Anblick des Verwundeten, der stark blutete: „Schon wieder einer! Na, sind noch viel zu wenig.“

Von einem höheren Beamten, der Augenzeuge der Missetat war, wurde der „Volksmacht“ geschrieben:

„Man konnte bisher annehmen, die untergeordneten Schupleute seien lediglich Untergebene ihrer Vorgesetzten. Das ist nicht wahr! Ich habe von meiner Wohnung aus wiederholt deutlich beobachtet, wie die Polizisten geradezu mit einem freudigen Eifer auf die wehrlose Menge, auf Frauen und alte Leute einhieben! . . . Keiner zeigte menschliche Teilnahme oder Verständnis! Alle, alle zeigten sich als grausame Feinde des Volkes. Des Volkes, dessen Söhne sie sind, des Volkes, das sie bejaht!“

Und doch hätte sich dieses entsetzliche Blutbad vermeiden lassen!

Das gestrige Blutbad ist eine Folge der Art und Weise, wie man seit Ihrem roten Sonntage die Schupleute gegen die Arbeiter scharf gemacht hat!!! Was hat man seit dem Januar, wo man Straßenemonstrationen befürchtete, den Schupleuten nicht alles dienlich über die Sozialdemokraten erzählt!!! . . . Damals nun fand ihr angelegelter Eifer keine Betätigung. Gar mancher Schupmann hat sich gewundert, daß die Arbeiter so ruhig blieben. Ist es da ein Wunder, daß die Schupleute jetzt, da sie urplötzlich vor eine erregte Menschenmasse gestellt werden, an alles das denken, was ihnen vor dem roten Sonntag und beim Einhängen der neuen Revolver über die Gefährlichkeit der Arbeiter gesagt und eingeschärft worden ist? Ist es ein Wunder, wenn sie da die ruhige Ueberlegung verlieren und die etwas sehr schnellen Befehle ihrer Vorgesetzten allzu prompt und allzu eifrig auszuführen suchen?

Denn daß man es nur erfahre: Die weltweite große Mehrzahl der Arbeiter bewies eine staunenswerte Disziplin. Ich sah, wie einige die Flucht ergriffen, um den Säbeln der aufgeregten Polizei zu entgehen. Und — unerhörtes Vorkommnis! — die berittlenen Schupleute saßen hinterdrein! Arbeiter, die die Frauen und Kinder in die Hausflure zu drängen versuchten, wurden hart angelassen — und doch hat, soweit ich und meine Nachbarn das sehen konnten, kein einziger Arbeiter, überhaupt kein Mensch die Polizisten angegriffen. Ja, nicht einmal zur Wehr gesetzt haben sie sich, zumal ja keiner von ihnen bewaffnet war. Wie ich höre, haben die Verhafteten auf der Wache herzzerreißend geschrien. Was man dort mit ihnen angestellt hat, konnte ich leider nicht erfahren. Allein die in der Beuthstraße in der Nähe der Nr. 32 wohnenden Bewohner sind einfach außer sich vor Zorn und Empörung.“

So ein Bürgerlicher! Der Zorn und die Erbitterung des Breslauer Proletariats läßt sich hier in Worten nicht schildern! Und das Proletariat ganz Deutschlands fühlt mit ihm!

Soziales und Parteileben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Die Aussperrung der Bauarbeiter in Reichenhall ist beendet. Nach eingehenden Unterhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Vertretern der Arbeiterorganisationen wurde die Aussperrung im Baugewerbe aufgehoben. Für die Arbeiter der einzelnen Berufe wurden sehr günstige Tarifabschlüsse erzielt. — Die Stultateure in Breslau sind in den Streik eingetreten. — Den freikundigen Rutschern in Magdeburg will der Arbeitgeberverband Gelegenheit geben, möglichst an ihre früheren Ar-

beitsstellen zurückkehren zu können, ehe sich so viel Arbeitswillige gemeldet haben, daß alle Posten besetzt sind. Das sind große Forderungen in der bürgerlichen Presse an. Die Arbeiter sollen aber bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen. Die Ausständigen haben einstimmig beschlossen, weiter zu streiken. Der Terrorismus der Führer, den sie bei den Arbeitern nicht genug verurteilen können, geht so weit, daß sie an das in Betracht kommende Publikum Rundschreiben versenden, dem einen Führer, der bewilligte und der so unfaust aus der Arbeitgeberversammlung hinauspediert wurde, die Rundschreiben zu entziehen. Eine Unannehmlichkeit ist den Führern bereitet worden durch die Forderung der Polizei, die Akte von den Häusern der Häuser zu entfernen. Für die Befreiung der Akte haben in Magdeburg die Hausbesitzer, die deswegen mit den Führern Verträge abschließen, Sorge zu tragen. Das Anhäufen der Akte hat bereits schwere Unzulänglichkeiten mit sich gebracht.

Die Breslauer Gewerkschaften für die Maifeier. Eine Versammlung des Breslauer Gewerkschaftsartells nahm einstimmig folgende Resolution an: „In Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Kölner Gewerkschaftskongresses und dem Beschlusse des Jenaer Parteitages fordert das Gewerkschaftsartell die organisierten Arbeiter auf, mehr als bisher die Mai-Demonstration durch Arbeitsruhe zu begehen. Das Partell begrüßt das Vorgehen der Breslauer Holzarbeiter, die sich in statischer Anzahl schriftlich verpflichtet haben, am 1. Mai nicht zu arbeiten, und spricht die Hoffnung aus, daß auch andere Organisationen baldigst dem Beispiel folgen. Unter allen Umständen aber müssen die Gewerkschaftsleiter dafür sorgen, daß in ihren Organisationen der Wert der Mai-Demonstration und die gewaltige Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit mehr als bisher dargelegt und dafür gesorgt werde, wenigstens den Versuch zu machen, die Arbeitsruhe am 1. Mai zu erringen. Das Partell macht es ferner den organisierten Arbeitern zur dringenden Pflicht, die Veranstaltungen der Partei am 1. und 6. Mai vollständig zu besuchen und auch weiteste Kreise der Fabrikanten dafür zu gewinnen.“

Ein hübscher Erfolg haben unsere Genossen in Kassel zu verzeichnen. Bei den Wahlen in den eingemeindeten Vororten Beitenhausen und Kirchdittmold wurde ein Genosse gewählt, so daß die sozialdemokratische Fraktion im Kasseler Stadtparlament jetzt über vier Sitze verfügt. Noch immer verpuffte Staatsaktionen wegen des Wahlrechtsstreites. Das „Vochumer Volksblatt“ meldet: Die Justizaktion gegen die Wahlrechtsklagblätter nimmt ein klagliches Ende. Eine Anzahl Genossen war, wie bekannt, in Anklagezustand verlegt worden; jetzt erhält einer nach dem andern die Mitteilung, daß das Verfahren eingestellt worden ist. — Die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ berichtet aus Essen: Die Staatsanwaltschaft hat das Strafverfahren gegen eine ganze Reihe von Parteigenossen des Wahlkreises Essen einstellen lassen. Als letzter Sünder erhielt unser Parteisekretär Wähler die Nachricht.

Aus Nah und Fern.

Intermezzo auf der Kasernenmauer. Ein Liebesabenteurer hat ein Unteroffizier der Garde schwer blühen müssen. Der Unteroffizier Blümler von der 10. Komp. des 3. Garde-Regiments hatte sich vor dem Berliner Kriegsgericht der 1. Garde-Division wegen Widerlegung und Bedrohung gegen einen Vorgesetzten zu verantworten. Eines Abends traf er ein Mädchen auf der Straße, als bereits der Papststreich vorüber war. Der Unteroffizier beschloß nun, gemeinsam mit dem Mädchen über die Kasernenmauer zu klettern. Als die beiden glücklich oben auf der Mauer angekommen waren, tauchte plötzlich im Dunkel ein Wachtposten, der Füsilier B., auf und befahl den beiden, still zu stehen. Als er ihnen zum dritten Male „Halt“ zurief, antwortete der Unteroffizier: „Wenn du die Schraube nicht hältst, dann schlag' ich dir die Knochen kaput.“ Der Wachtposten ließ sich dadurch auch wirklich einschüchtern, und ungehindert stieg der Unteroffizier mit dem Mädchen von der Mauer herab und verschwand mit ihm in der Kaserne. Der Vorfall sollte jedoch recht böse Folgen für ihn haben. Die Angelegenheit kam vor das Kriegsgericht, und da der Unteroffizier den als Wachtposten fungierenden Füsilier als Vorgesetzten zu betrachten hatte, so lautete die Anklage auf Widerlegung und

Bedrohung eines Vorgesetzten. B. wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wegen schwerer Urkundenfälschung hatte sich vor dem Dresdener Landgericht der Geschäftsführer des deutschen Metallarbeiterverbandes Joseph Hoffmann zu verantworten. Der Angeklagte, der zuletzt ein Jahresgehalt von 2500 Mark bezog, hatte von den Einzelmitgliedern die Verbandbeiträge einguziehen und vierteljährlich an die Hauptgeschäftsstelle in Stuttgart abzuführen. Bei einer im Oktober vorgenommenen Kassenrevision wurde ein Defizit von 330 Mk. entdeckt, das sich später auf 1348 79 Mk. erhöhte. Um das Defizit zu verschleiern, beeinflusste H. den Unterlasser Stephan aus Neu-Bannow, ihm eine Quittung über den Bezug von Beitragsmarken in der angegebenen Höhe auszustellen und auch der Bezirksleitung gegenüber falsche Angaben zu machen. Ueber die Entstehung des Defizites wollte H. keine Auskunft geben können. Das Gericht erkannte unter Anrechnung von zwei Monaten auf die eintretende Unterlassungshaft auf 4 Monate Gefängnis.

Ein Sittenbild aus dem Sighliffe entrollte eine Verhandlung vor dem Dresdener Schöffengericht. Die Privatsekretärschefrau Buhle, eine bereits 90-jährige Greisin, hat auf der hiesigen Rathhildenstraße eine hochelegante Wohnung inne, die seit Jahren einen Treffpunkt und ein ungeführtes Stellbühnen für Liebespaare bildete. Die ehrwürdige Matrone machte daraus ein schwungvolles Geschäft das ihr viele Tausende einbrachte, welche in ihren Salons doch nur Ferien aus der „besseren“ Gesellschaft, ehemalige Dichtere, Barone, Kammerherren, Studien und telegen, bei denen es auf ein paar Gappa mehr oder weniger nicht ankam. Die Frequenz des Liebestempels stieg zuweilen ganz besonders hoch, habe sich doch an manchen Tagen bis zu 16 Pärchen dort getroffen. Frau B. besuchte seit etwa 4 Jahren die größte der Geschäfte Dresdens lediglich zu dem Zweck, junge hübsche Mädchen ausfindig zu machen. Hatte sie ein becartiges Mädchen entdeckt, von dem sie glaubte, daß es für sie ein geeignetes Geschäftsobjekt bilden könnte, so machte sie sich mit ihrem Opfer bekannt und lud es schließlich mit der ungeschicklichen Miene zu einem Besuche für eine bestimmte Zeit ein. Zur festgesetzten Zeit fanden sich dann auch immer zahlreiche, einem Schächerstübchen nicht abgeneigte Kavaliere ein, für die der süßere herrschaftliche Diner Emil Martel dank seiner vorzüglichen Verbindung mit „seiner“ Deute sorgte. Er ist bereits 65 Jahre alt und wegen wibernatülicher U-zucht verurteilt. Die Mädchen, meist Verkäuferinnen und Konfektionären, die sich für solche Schächerstübchen hergeben, wurden von den Lebemännern für erwiehene Dienste in der Regel mit 20 Mk. — das war Tage im Wahlischen Hause — abgefunden. Dann kamen andere unerfahrene Mädchen an die Reihe, denn die Kunden des Buhleschen Salons verlangten stets nach frischer Ware. Endlich Ende vorigen Jahres gelang es der Polizei, das Kupplernetz, als sich gerade wieder verschiedene Pärchen bei gewisser Intimitäten befanden, auszuheben. Die Buhle und ihr Helfer, Mantel, hatten sich jetzt vor dem Schöffengericht wegen schwerer Kuppelerei zu verantworten. Die alte Kupplerin hatte vor, gezogen, vor Gericht nicht zu erscheinen; nach einem ärztlichen Urteile ist sie wegen Altersschwäche hierzu nicht imstande. Das Verfahren gegen sie wurde deshalb abgetrennt. Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit der Verurteilung B. zu 6 Monaten Gefängnis und Stellung unter Polizeiaufsicht. Als Zeugen waren vier junge Mädchen erschienen, denen ihr Verzicht eine polizeiliche Bestrafung wegen Gewerbsunzucht eingetragen hat. Auf die Braung der Kavaliere hatte man leider verzichtet, so daß ihre Namen unbekannt blieben.

Eine geborstene Ordnungshäule. Vor der 2. Strafkammer des Leipziger Landgerichts wurde der Ranglesekretär am Reichsgericht Hermann Dorn wegen Urkundenfälschung zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Eine furchtbare Feuerbrunst wütete in Schepottin bei Gubno. Fast das ganze Städtchen ist niedergebrannt. Das Glend ist sehr groß, mehrere Menschen sind in den Flammen umgekommen.

Das belgische Schulschiff „Graf de Smet de Naeyer“, das am 15. April von Antwerpen nach Australien abgegangen war, ist untergegangen. Die Besatzung ist gerettet.

welche höchstwahrscheinlich noch bevorstünde, überbrachten. Lord Marney war der Meinung, daß Egremont's Mannschaft in keiner Weise genüge und entschloß sich deshalb sofort, nach mit seiner eigenen Schwadron nach Mowbray zu retten.

Als er das Moor von Mowbray überschritt, stieß er auf eine große Menschenmenge, an deren Spitze sich Walter Gerard zu Zwecken des Friedens gestellt hatte. Aufgeregt durch die Berichte, die er erhalten, und von Haus aus ein Feind aller Volksdemonstrationen, beschloß Seine Vordenschaft ohne weitere Vorbereitungen oder Mitteilung, die Menge sofort anzugreifen.

Die Aufbruchtruppe wurde mit der Schnelligkeit verlesen, wie ein Tischbein verlesen zu werden pflegt — außer denen in nächster Nähe hörte Niemand ein Wort. Ohne weiteres wurde dann auf die Leute geschossen und eingehauen.

Gerard, hierüber empört, leistete Widerstand; er schlug einen Reiter zu Boden und ermahnte die um ihn herum waren, nicht zu weichen. Der Vater Sybil's — der edle Freund und Vorkämpfer des Volkes — wurde aufs Korn genommen und niedergeschossen. Sofort erhob sich ein Schrei des Schmerzes und der Wut, der Lord Marney erzittern machte, obgleich er bewaffnet und an der Spitze von Bewaffneten war. Kaum hatte das Volk, vorher im allgemeinen eingeschüchtert und im Begriff, nach allen Richtungen zu entfliehen — kaum hatte es seinen geliebten Führer fallen sehen, so kam eine beispiellose Erbitterung über die Leute; sie boten den Truppen Erzh, obgleich sie selbst nur mit Steinen und Knütteln bewaffnet waren; sie stürzten sich auf die Reiter und rissen sie von den Pferden herunter, und ein wahrer Steinhregen prasselte gegen den Helm Lord Marney's. Umsonst suchte seine Mannschaft die Menge zurückzutreiben, — die Wütenden lehrten immer wieder zu ihrem Opfer zurück und traten nicht eher, als bis Lord Marney

leiblos auf dem Moor von Mowbray niederbrach — doch schließlich zu Tode gesteinigt.

Diese unglücklichen Ereignisse trugen sich natürlich zu einer späteren Tageszeit zu, als der, wo ein halbes Duzend Soldaten die Treppe zu dem runden Turm des Schlosses Mowbray hinaufstiegen. Der verhöfete Hausbesitzer Lord de Mowbray hatte, sobald das Schloss in dem Besitz der Truppen war, diese gebeten, das Urkundenzimmer zu beschützen, denn Herr Dentley hatte Marley und dessen Gefährten in dieses wichtige Zimmer hinausgehen sehen. Marley und seine Gefährten hatten oben auf der Treppe eine vortheilhafte Stellung eingenommen. „Ergebt Euch“, rief der Befehlshaber der Miliz, „Widerstand ist nutzlos!“

Marley erhob seine Pistole, allein noch ehe er losdrücken konnte, schoß einer der hinteren Reiter, der eine Absicht erkannt hatte, und traf ihn in die Brust; taumelnd feuerte Stefan noch ab, jedoch zielloos und ohne Wirkung. Die Soldaten drängten voran; Marley halb ohnmächtig, wurde von seinen Freunden zurückgeschleppt, die sämtlich den Mut verloren hatten, mit Ausnahme Devilsduffs, der tapfer gekämpft und eine leichte Säbelwunde erhalten hatte. Die Miliztruppen betraten das Urkundenzimmer fast gleichzeitig mit ihren Feinden, Devilsduff zurücklassend, der zu Boden gefallen war und unter Flüchen auf die Kapitalisten, die ihn verwundet, es glücklich fertig brachte, seine Flucht zu bewerkstelligen. Marley sank nieder, als er das Zimmer erreicht hatte. Die Uebrigen ergaben sich.

„Marley, Stefan Marley!“ rief der Befehlshaber der Miliz. „Sie, Sie hier!“

„Ja, mit mir ist's aus,“ sprach Marley mit schwacher Stimme. „Nein, nein, keine Hilfe! Sie ist nutzlos und ich würde keine. Warum ich hier bin, ist ein Geheimnis, lassen Sie es auch ein Geheimnis bleiben. Die Welt wird mich falsch beurteilen, sie wird sagen, der Mann des Friedens war ein Feind. Die Welt wird Unrecht haben, wie sie immer

Unrecht hat. — Der Tod ist bitter,“ fügte er mit einem tiefen Seufzer und nur mit großer Anstrengung sprechend hinzu, „bitterer noch, daß ich durch Sie sterben muß — aber gerecht. Wir haben schon früher zusammen gekämpft; ich hatte damals geglaubt, ich hätte Sie erwischt, doch Sie entkamen. Ueber heider Leben war ein gegenseitiger Kampf, seitdem wir uns zum ersten Male begegneten. Ihr Stern hat den meinen besiegt und nun fühle ich, daß ich Leben und Ruhm — sterbende Menschen sind Propheten — für Ihr Glück und für Ihre Ehre geopfert habe. — Sybil!“ und mit ihm leuchtend geachteten Namen auf den Lippen hörte der Apostel der moralischen Gewalt und der Gemeinshaft auf zu sein.

Inzwischen war Sybil, getrennt von ihren Freunden, die durch die Gatte geflohen waren, mit Harold als einzigem Schutz zurückgeblieben, denn selbst Warner hatte sie in dem Gedränge verloren. Sie schaute sich umsonst um nach einem Mowbray Gesicht, das sie kannte; nach vergeblichem Suchen erlöbte aus der Ferne ein lautes Geschrei, von Musketenfeuer gefolgt, welches alle um sie her so erschreckte, daß die Leute in ihrer unmittelbaren Nähe wie durch Zauber sich zerstreuten. Sie blieb allein und verbarg sich in einer Ecke des Blumen Gartens, während fürchterliches Geschrei, Angst- und Wutgeschrei aus der Ferne herüberdrönte und der Pulverdampf bis zu ihrem Zufluchtsort drang. Aus ihrem Versteck konnte sie die Menge nach allen Richtungen fliehen sehen und deshalb hielt sie es für besser, in ihrem augenblicklichen Zufluchtsort zu bleiben und die Ereignisse abzuwarten. Sie vermutete, daß Militäre angekommen sein müßte, und daß, wenn sie ihren Platz nicht verlor, die größte Gefahr vielleicht doch über sie hinweg würde. Aber während sie dieser Hoffnung hingab, lagerte sich eine dunkle Rauchwolke über den Garten.

(Fortsetzung folgt.)

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Preis pro Nr. 226]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Preis pro Nr. 226

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich 2.00, monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4062 a, letzter Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierzehntägige Beilage oder deren Raum 15 Pfg. für Verlagsanzeigen, 20 Pfg. für Wohnungs- und Anzeigen nur 10 Pfg. für auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 1 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden!

Nr. 97

Freitag, den 27. April 1906.

13. Jahrg.

Am 1. Mai 1906

demonstriert das Proletariat aller Länder für Verkürzung der Arbeitszeit, für gesetzlichen Arbeiterschutz, für den Völkerfrieden und für das freie, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht!

Die Anfänge der gewerkschaftlichen Zentralorganisation in Rußland.

Wenn der Fortschritt der Arbeiterbewegung und ihr schließlich Sieg am Herzen liegt, der muß naturgemäß in den, sich Klarheit zu verschaffen über das Wesen und den Wert der Gewerkschaften und über die Bedeutung, die ihnen zuzuerkennen ist in dem gewaltigen Ringen der Gegenwart um eine neue, gerechte, vernunft- und zeitgemäße Ordnung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse: — mit einem Worte: in der modernen Arbeiterbewegung überhaupt.

Niemand, der in dieser Bewegung mitwirkt, der mitarbeitet an der Neugestaltung der Gesellschaft, kann nur etwas voran gelegen sein, Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen darum heranzubringen und lächerlich zu machen, daß sie noch nicht das notwendige Verständnis für alle Teile der Bewegung besitzen. Vielmehr darauf kommt es an, allen denen, die die Fähigkeit haben, zum vollen Verständnis sich durchzuarbeiten, die Materialien dazu zugänglich und erreichbar zu machen.

Solche Materialien bietet die Geschichte der proletarischen Kämpfe der letzten Jahrzehnte in der gesamten Kulturwelt, sehr wertvolle Beiträge hierzu liefert in der Gegenwart der gigantische Kampf unserer russischen Arbeiter und Schwestern.

Schon vor einigen Jahren empfanden die Arbeiter verschiedener Berufe in den verschiedensten Teilen des weiten russischen Reiches, daß es eine unbedingte Notwendigkeit sei, eine Verbindung zu schaffen zwischen den Berufsorganisationen nicht nur am Orte, sondern im ganzen Reiche, und ferner auch über den engen Rahmen des Einzelberufes hinaus ein einheitliches Band zu schaffen um dieselben alle, die als Ausgeborene eines so mächtigen und gewaltigen Zeitalters sich entwickelnden Kapitalismus durch das Leiden verbunden, Leidensgenossen sind.

Die früheren Formen der Verbindung innerhalb der russischen arbeitenden Bevölkerung oder, richtiger gesagt, der Lohnarbeiter Massen, hatten sich überlebt, das Leben war über sie hinausgewachsen. Sowohl die zumstärksten Berufsorganisationen, als auch die Artete innerhalb gewisser Betriebe, die halb genossenschaftlich organisiert waren, meist mit einem mehr oder weniger geriffelten Arteteffizier, einem Unternehmer oder Zwischenmeister, an der Spitze, konnten dem Lohnarbeiter nichts mehr bieten, selbst in dem in Rußland, zum Teil durch westeuropäische Kapitalisten, die moderne Industrie mit allen ihren Begleiterscheinungen ihren Einzug hielt, einen Siegeszug vom Baltischen Meere bis zu Tauerns lauchenden Wäldern im Süden, zum Kaspiischen Meere und des Kaukasus majestätischen Höhen und im Osten über den Ural hinaus, nach Asien hinan.

Da tauchte im Jahre 1904 der Gedanke auf, die gewerkschaftlichen Arbeiter Rußlands müßten auf einem Kongress der Vorstände ihrer Organisationen gemeinsam beraten und die Grundlage gemeinsamer Aktion zur Erhebung der materiellen wie der ideellen Verhältnisse der Arbeiterklasse schaffen. Es war die Vereinigung der Mechaniker von Charkow, von der diese Anregung ausging. Der Bevollmächtigte dieser gewerkschaftlichen Vereinigung wurde nach den verschiedenen Zentren des industriellen Lebens im weiten russischen Reiche entsendet, um Verbindungen anzuknüpfen und für den Gedanken der einheitlichen Organisation, zunächst für den allrussischen Kongress Propaganda zu machen. So wurden Verbindungen geschaffen mit Petersburg, Moskau, Nikolajew, Odesa, Kiew, Saratow, Woronesch, Irkutsk, Simbirsk, Samara, Minsk, Nowgorod, Kostroma, Swasowo, Wjatska, Orenburg und noch in hundert anderen Städten. Im Sommer 1905 wurde ein Rundschreiben an alle gewerkschaftlichen Arbeitervereinigungen versandt, worin zu einer Beiratung eingeladen wurde. Zugleich enthielt es auch den Entwurf eines Manifestes für moderne Arbeiterberufe, ein Gewerkschaftstatut, das den Bedürfnissen des industriellen Lohnarbeiters Rechnung trug. Moskauer und Petersburger Arbeitervereinigungen beteiligten sich lebhaft an den Beratungen zu dem Kongress, besonders eifrig wirkten die Petersburger Arbeitervereinigungen mit.

Ein Delegierter des Petersburger Organisations-Ausschusses begab sich nach Charkow, wo eine eingehende Erörterung stattfand über alle in Betracht kommenden Fragen. Es waren hierbei sämtliche Berufsvereinigungen der Stadt durch ihre Vorstände vertreten. Man war sich vollkommen einig über die unbedingte Notwendigkeit einer

einheitlichen Gesamtorganisation. Zugleich erkannte man aber auch, daß diese einheitliche Organisationsarbeit nicht von einer einzigen Stelle aus geleitet werden könne bei der unermesslichen Ausdehnung von Rußland. Die Arbeit müsse von verschiedenen Punkten aus zu gleicher Zeit in Angriff genommen werden. Es wurden zunächst die drei Zentralbureaus, Charkow, Petersburg und Moskau, beschlossene worden, und in Aussicht genommen, weitere für das Wolga- und das Uralgebiet bewacht zu schaffen. (Kongresszentren nennt man sie dort). Nach der beratenden Konferenz der Vorstände Charkows, der der Petersburger Delegierte beigewohnt hatte, wurden in Petersburg mehrere Versammlungen abgehalten, in denen über die Einzelfragen noch weitere Erörterungen gepflogen wurden. In Charkow bildete sich das „Zentralbureau“, wie es in Charkow beschlossene worden, und der Petersburger Delegierte begab sich nach Moskau, um auch dort die Schaffung der gleichen Institution in die Wege zu leiten.

Die wichtigste Aufgabe dieser Zentralbureaus ist die Vorarbeit für den Zusammenschluß der beruflichen Arbeiterorganisationen Rußlands. Zugleich aber legt ihnen ob, die Arbeiter derjenigen Berufe zu organisieren, die bisher die Notwendigkeit des Zusammenschlusses nicht erkannt hatten oder außerstande gewesen waren, den Zusammenschluß auf der Basis des gemeinsamen proletarischen Berufslebens zu vollziehen.

Wie in Petersburg der Sozialist Gorobol dem Zentralbureau der Arbeitervereinigungen Obdach gewährte, so hat auch dem Moskauer Zentralbureau eine ähnliche Institution ihre gastlichen Tore geöffnet, und zwar das Museum zur Förderung der Arbeit, welches der Moskauer Abteilung der Kaiserlich Russischen Technischen Gesellschaft gehört.

Daß man es beifungeneachtet hier mit Gewerkschaften zu tun hat, ganz nach Art unserer der General-Kommission angeschlossenen Organisationen, geht schon aus dem bei den ersten Beratungen in Charkow festgelegten Grundrissen, wie aus allen Verhandlungen späterer Konferenzen und Versammlungen hervor. Nur solche Berufsvereinigungen können sich der Zentralorganisation anschließen, die den Kampf gegen den Kapitalismus bezwecken. Deshalb sind solche Berufsvereinigungen von kaufmännischen und Bureauangestellten von vornherein ausgeschlossen, die auch Prinzipale in ihren Reihen haben.

In Petersburg waren zu Ende des Jahres 1905 bereits 35 berufliche Organisationen der Zentrale angeschlossene, in Moskau nahm schon im Oktober 26 angeschlossene Berufsvereinigungen an den Beratungen der Zentralorganisation teil.

Dabei hat man es nicht mit Organisationen von einer Handvoll Leute zu tun, sondern Tausenden zählen einzelne dieser gewerkschaftlichen Organisationen (z. B. die etwa nach unserer Verzählung) trotz ihrer großen Jugend. So hatte die Gewerkschaft der Leinwandwirer in Moskau bereits im November nach Ausweis des Kassierers dieser jungen Organisation 2000 Mitglieder.

Wie anderwärts auch versuchten es die Kapitalisten, durch Maßregelungen und kleinliche Schikanen den breitflutenden Strom des neuen Lebens zu hemmen. — Ob weitumspannende Kabel die Träger ihres Reichtums sind, ob die lustigen Blätter und Blüten des chinesischen Strauchs die Quelle ihrer Bereicherung bilden, die gleiche Kurzsichtigkeit, die gleiche Armut bewirkt man bei den Unternehmern an der Spitze wie an der Moskwa. Aber wie diese Nebenflüsse in Nebenflüssen schließlich ihre Wasser ins weite Meer hinaus ergießen, wie lang auch der Weg dahin, so fließt auch der Strom der Arbeiterorganisation zum Zwecke der Arbeiterbefreiung unaufhaltsam dem großen Ziele entgegen.

Die Maßregelung einiger ihrer Mitglieder wegen organisatorischer Tätigkeit beantwortete die Leinwand-Gewerkschaft mit dem Botschaft der „Karawane“, der Firma Wogau, deren Tees von den teuersten bis zu den billigsten Sorten allerorten in Rußland vertreten sind. Wenn die Hunderttausende der Angehörigen der gewerkschaftlichen Organisation die Abhunderttausende derer, die mit ihnen sympathisieren, auf Wogaus Tees verzichten, dann wird die „Karawane“ wohl bald auch die übrigen Wäger nicht mehr nötig haben, dann wird sie sicher die Organisierten los!

Wie das Unternehmertum in seinem Sinne und seinem engstirnig selbstsüchtigen Interesse die Organisation zu hemmen sucht, so versuchte naturgemäß die Regierung, d. h.

die herrschende Klasse, die gewaltige Bewegung der allgemeinen Umgestaltung, die Revolution, niederzuknüpfeln und niederzuliegen. Daß der schließlich Sieg dem Volke geblüht, darüber kann auch dem ärgsten Schwarzseher und Bestimmten kein Zweifel bleiben, aber freilich gibt es noch vorübergehende Siege der bluttreibenden Rührerbanden, und schwer sind dann die Opfer, die bei solchen Wechselfällen des Kampfes glück das Volk zu tragen hat — doch nicht lange mehr, seine Stunde naht!

Welches übrigens die stichtische Höhe dieser ist, gegen die der Kampf der gewerkschaftlichen Organisationen geführt wird, und die sich bis zur Gegenwart des Wohlwollens und Schutzes der Behörden zu erfreuen hatten, dafür mag folgender Vorfall als Beispiel dienen: Das Stadtoberhaupt (Gradonatschalnik) von Moskau besah die Inhaber bzw. Leiter mehrerer großer Tabakfabriken zu sich, um den Herren zu sagen, es sei ihm zur Kenntnis gebracht worden, daß die Herren nach der Unterdrückung der Unruhen und der Wiederaufnahme der Arbeit entgegen den mit den Arbeitern getroffenen Vereinbarungen wieder die Arbeitszeit verlängert und die Löhne herabgesetzt hätten — er (der Gradonatschalnik) finde ein solches Vorgehen gegenüber den Arbeitern gewiss unzulässig, und er mache die Fabrikanten darauf aufmerksam, daß die volle Verantwortung für alle Folgen, die aus solchem gewissenlosen Verhalten entstehen könnten, sie, die Fabrikanten, treffe. In keinem Falle würden da die Behörden für sie eintreten.

Daß die Behörden sonst nur zu sehr für die Unternehmer eintreten, ist ja allbekannt, und manche behördlichen Stellen sahen es auch dadurch zu tun, daß sie der gewerkschaftlichen Organisation, die nicht direkt verboten werden konnte, alle erforderlichen Hindernisse in den Weg legte. Hierfür liefert auch die Entstehungsgeschichte der Petersburger Schreinerorganisation einen lehrreichen Beweis.

Der 9. (22.) Januar, der Petersburger Blutsonntag, hatte allen Arbeitern die Augen öffnen müssen, sie alle mußten begriffen haben, daß man auf niemand hoffen, von niemand als von sich selbst Hilfe erwarten durfte. Nun konnten, die es schon vorher gewußt haben, auch die anderen, ihre Herren und Leidensgenossen davon überzeugen. In einem Walde, außerhalb des Stadtbereichs, versammelten sich etwa 70 Schreiner, um über die Schaffung einer Berufsorganisation zu beraten. Die Versammlung im Walde ernannte eine Kommission zur Ausarbeitung der Statuten und der Durchführung der sonstigen Vorarbeiten. Es verging aber über ein halbes Jahr, ehe diese zustande kamen. In der ersten geschwählig anberaumten Versammlung wurden ungeschicklicherweise die Leiter verhaftet. Später wurden die Statuten nicht genehmigt, die sie Einreichenden an falsche Instanzen, die Gewerbeverwaltung, die Unternehmervertretung, verwiesen und so fort. — Inzwischen agitierten die Schreiner wieder in ihren Werkstätten, bis es ihnen gelang, während der bewegten Oktoberversammlung eine Versammlung in der Unterstadt abzuhalten und dort ihren Delegierten in den Arbeiterdeputiertenrat zu wählen.

Am 8. Dezember zählte ihre Organisation in Petersburg 751 Mitglieder.

Auch zur Schuhmacherorganisation wurde der Grundstein im grünen Walde gelegt, indem etwa 100 Berufsangehörigen zu diesem Zwecke in einer der weißen Tümlände sich heimlich im Waldesdunkel versammelten.

Interessant und für westeuropäische Begriffe gewiß seltsam ist, daß auch die Heiligenbild-Maler, etwa hundert an der Zahl, sich zu einer Gewerkschaft zusammengeschlossen haben.

Im Werden ist ein großes, gewaltiges Werk auf dem Gebiete der Arbeiterorganisation, der Zusammenschluß des Schiffahrtspersonals aller Zweige im Wolgabegbiet. Es handelt sich da um eine Arbeiterschaft von 180 000 Personen, welche 53 bis 55 Prozent des gesamten Transports in Rußland bewirken. Die Eröffnung der Navigationsperiode steht nahe bevor. Eine gewisse Wichtigkeit macht sich in Unternehmertreuen bemerkbar. Ungezählte Millionen könnten ihnen verloren gehen, wenn diese Hunderttausende nicht so willigen Söhne der Heimat werden nicht mehr wie sonst auf Wänterlichen Wegen den Dienst verrichten sollten. Das Fieber, das manchen der Herren da schüttelt, läßt sich darum begreifen.

Eda Altman im „Correspondenzblatt“.

Verlag: Lübeck, Druck: Lübeck.

Verlag: Lübeck.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag beriet

am Mittwoch zunächst die Ueberficht über die Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1903. Die Abg. Eraberger, Wache und Kopsch wiesen auf die nahezu ungläublichen Staatsüberschreitungen hin, die in der Verwaltung der Kolonien und zumal in der von Kamerun an der Tagesordnung sind. Abg. Eraberger freilich die Verleihung eines württembergischen Ordens an Jesko von Puttkamer und Abg. Kopsch gab zu dieser Verleihung einen sehr erbauenden Kommentar. Herr v. Soden, s. St. württembergischer Minister, war seinerzeit lange mit Puttkamer in Afrika und erstattete auf Capriots Aufforderung über den Sohn des Exministers Bericht, als dieser zum Gouverneur ausersehen war. Herr v. Soden spricht in diesem Bericht von tiefgewurzelter Tugend und Spielereigenschaften Jeskos und warnt vor seiner Ernennung so deutlich, wie es nur immer innerhalb der Schranken bürokratischen Sollicitätsgefühls möglich war. Man ist diesem Rate ja leider nicht gefolgt. Puttkamer jr. ist Gouverneur von Kamerun geworden. Die Folgen sind nicht ausgeblieben. — Die Ueberficht ging noch allen diesen Erörterungen an die Rechnungskommission, während die Novelle zum Schutztruppengesetz, die den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildete, an die Budgetkommission wanderte. Der eigentliche Zweck dieser Novelle ist, von hinten her zu der abgelehnten welfen Schutztruppe für Ostafrika zu gelangen. Der Kolonialpreis machte aus seinem Herzen denn auch keine Wörbergebende. Die D. hatte war sonst recht unerhört. — Welt lebhafter ging es bei der dritten und letzten Vorlage zu, die in dieser Sitzung zur Verhandlung gelangte. Der § 833 des B. G. B. soll eine Aenderung dahin erfahren, daß die Haftpflicht der Tierhalter so gut wie völlig aufgehoben wird. Alle Ablehnungsversuche des Staatssekretärs Dr. Nieberding vermochten nicht die einschneidende Entscheidung aus der Welt zu schaffen, daß es sich bei dieser Novelle wieder einmal um eine Liebesgabe an die Agrarier handelt. Aber nur die Genossen Stolle und Wollenbührer gingen der Sache die Schelle an und nannten die agrarische Vorlage beim rechten Namen; die National-Liberalen machten eifrig mit und selbst der süddeutsche Volkspartei Storz sprach sich nach manchen Wahn und Aber für die Vorlage aus, die in zweiter Lesung ebenso leider wie früher angenommen werden wird. — Am Donnerstag: Diätenvorlage.

Ein kleiner Irrtum. Zu der geplanten Fahrkartenerhöhung soll auch die Dampfischiffahrt der Nord- und Ostsee herangezogen werden. Von gut informierter Seite wird dazu der „N. pol. Kor.“ mitgeteilt, daß man in der Reichstagskommission, die sich mit dieser Frage beschäftigt, angenommen hat, aus der Befreiung des Nord- und Ostseebampfschiffverkehrs werde ein Gewinn von fünf Millionen Mark zu erzielen sein. Diese Annahme beruht auf durchaus unrichtigen Voraussetzungen. Fünf Millionen Mark betragen etwa die gesamten Einnahmen aus dem Fahrkartenerhöhung der am Nord- und Ostseeverkehr beteiligten Reedereien. Kommt nun eine Besteuerung von ein Viertel Pfennig für den Kilometer in Anrechnung, so kann man vielleicht auf eine Normalertragsnahme von 500 000 Mark aus der Steuer rechnen, nicht aber auf 5 Millionen. Dieser Betrag ist aber so gering, daß er für den Wohlstand des Reichs kaum ins Gewicht fällt, andererseits aber auch wieder hoch genug, um dem Seebauverkehr der Nord- und Ostsee ein jäheres Ende zu werden. Man weiß, daß sich die Nordseebäder in nichts weniger als rother Lage befinden; die Saison ist zu kurz, als daß sie trotz des Andrangs des Publikums und hoher Preise des Besuchs halbes einen guten Verdienst abwerfen könnte. Sollen die Nordseebäder in ihrem Verkehr zurückgehen? Das liegt unmöglich im öffentlichen Interesse. Im Gegenteil, es ist den dieser Verkehr pflegenden Dampfgesellschaften bisher immer hoch angerechnet worden, daß sie durch Herabsetzung der Fahrpreise, durch Schaffung von Rundfahrkarten, Festpreiskarten, Kinderpreisen usw. den Verkehr zu heben und auszubehalten versuchten. Jene Preisnormierung ist heute derart, daß die Steuer nicht von den Gesellschaften, sondern von dem Publikum bezahlt werden müßte. Der Irrtum beruht auf neue die bedauerliche Unersahrenheit, die bei derartigen Steueränderungen herrscht.

Bei der gestrigen Reichstagswahl in Darmstadt. Großherzog wurden als Abgeordnete für unseren Genossen Berthold 13 855, für den Freisinnigen Korrell 5828 für den Nationalliberalen Stem 10 320 Stimmen. Es findet demnach Stimmwahl zwischen Berthold und Stein statt. — Bei der Hauptwahl 1903 wurde: Genoss. Kramer mit 14 144 gegen 8659 national liberal, 1997 sozialparteiliche, 1845 bündlerische und 900 Zentrumstimmen gewählt.

Rußland.

Japan. Dem „Manchester Guardian“ wird aus St. Petersburg gemeldet, daß Vater Japan, welcher am 22. Januar 1905 in Petersburg die Arbeiter zum Zaren führen wollte, am 10. April von vier Revolutionären die zur Arbeiterklasse gehören, in einer abgelegenen Wüste hängen worden sei. Japan habe nämlich einem früheren Vertrauten mitgeteilt, daß er Spion der Regierung geworden sei und dieser Freund habe dann den vier Arbeitern Gelegenheit gegeben, verdeckt in einem Nebenraum, das Gefängnis Japans ebenfalls mitanzuhängen. Als letztere handelte es sich bei dieser Erzählung nur um eine Kombination, die dadurch hervorgerufen worden, daß Japan seit einiger Zeit verschunden ist.

England.

Prügelnde und gedrückte Offiziere. Am Montag wurde vor dem Garde Regiment in Aldershot durch General Koch vor versammelter Mannschaft und Offizieren die Verfügung des Kriegsministeriums verlesen, die auf die Mißhandlung von Offizieren durch ihre Kameraden Bezug nimmt. Die Angelegenheit betrifft den Leutnant Barnett der wegen der ersten Mißhandlungen seines Abch. genommen hat. Der Oberst des Regiments wurde seines Amtes enthoben, verschiedene beteiligte Offiziere des Regiments sind auf 6 Monate in der Beförderung zurück gesetzt worden.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“. Berlin, den 25. April 1906. 87. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr. Am Bundesratsitz: Prinz Hohenzollern, Dr. Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der Ueberficht der Einnahmen und Ausgaben für das Rechnungsjahr 1903.

Eraberger (Z.) weist auf die zahlreichen, bis zu 300 bis 400 Prozent gehenden Staatsüberschreitungen in den Kolonien hin. Derartige Uebererschreitungen dürfen wir nicht ohne weiteres hingehen lassen, wenn wir nicht das Budgetrecht des Reichstages völlig illusorisch machen wollen. (Sehr richtig! links.) Besonders arg ist in Kamerun gewirtschaftet worden, dessen Gouverneur v. Puttkamer jetzt noch einen württembergischen Orden erhalten hat. Diese Ordensverleihung ist ein wahrer Schwabenstreich. (Heiterkeit.) Der kolossale Verbrauch von Nadiergummi in Kamerun könnte auf eine krankhafte Neigung der dortigen Beamten für Gummi hindeuten. (Heiterkeit.) Die Aushöhlung, die man dem Reservefonds gegeben hat, droht diesen so anschwellen zu lassen, daß er bald größer sein wird, als der ganze Etat. Man sollte daher erwägen, ob man nicht den Reservefonds ganz streichen soll. (Bravo! im Zentrum und links.)

Beh. Legationsrat Seitz erklärt, daß der Reservefonds nur als Ausgleichs fonds diene.

Direktor im Reichschatzamt Tweste befreitet, daß irgendwie von absichtlicher Staatsverletzung gesprochen werden könne.

Kopsch (Zp.): In Bezug auf die Mißwirtschaft in den Kolonien muß ich mich dem Abg. Eraberger anschließen. In einigen unserer Kolonien wird spartanisch gewirtschaftet. Aber Kamerun und Samoa bilden unermessliche Ausnahmen. Bei der Zentralverwaltung von Kamerun ist der Voranschlag um 36 000 Mk. überschritten worden. (Hört! hört! links.) Bei den vermischten Ausgaben“ beträgt die Uebererschreitung nahezu 100 Proz. Wir wollen hier freilich auch Herr v. Puttkamer zu sparen verstanden, so bei den Versuchspflanzungen, den naturwissenschaftlichen Sammlungen, den Telegraphenleitungen. Dagegen ist der Voranschlag für Dampferfahrten um 63 Proz. überschritten worden. Das hängt vielleicht mit der Vorliebe des Gouverneurs für Vergnügungsfahrten nach Südwestafrika zusammen. Insgesamt betragen in Kamerun die Uebererschreitungen rund 7 Millionen bei einem Gesamtetat von 3—4 Millionen. Das war nur möglich, weil die Verwaltung die Beschlüsse des Reichstags einfach mißachtete. Daß die Uebererschreitungen diese Höhe erreichten, erklärt sich daraus, daß der Gouverneur v. Puttkamer kein Verständnis für den Wert des Geldes hatte. Das soll ja vielfach bei jenen Kreisen vorkommen, die beim Spiele leicht mit Geld umgehen. Der Kollege Eraberger machte die interessante Mitteilung, daß Herr v. Puttkamer einen württembergischen Orden erhalten hat. In Württemberg ist Herr v. Soden Minister. Dieser Herr v. Soden wurde vom Reichstanzler Grafen Caprivi zum Bericht über Herrn v. Puttkamer aufgefordert, als es sich darum handelte, diesen zum Gouverneur von Kamerun zu machen. In diesem Briefe heißt es u. a., daß Herr v. Puttkamer einen bedenklichen Mangel in seine Spielerei gebracht habe. (Hört! hört! links) daß ein großer Leichtsinns und eine bodenlose Bummelerei in Geldsachen das Charakteristische in Puttkamers Charakter sei. (Hört! hört!) „Wo ich Gelegenheit hatte“, schrieb damals Herr v. Soden, „auf die Spuren des Herrn v. Puttkamer zu stoßen, überall hatte er einen Bump etablirt.“ (Große Heiterkeit und Hört! Hört! links.) Herr v. Soden bezeichnet schließlich die Ernennung des Herrn v. Puttkamer zum Gouverneur als einen sehr gewagten Schritt, den man, wenn überhaupt, dann nur mit allen möglichen Kautelen, also besonders mit einem möglichst langen Provisorium, tun dürfe. Statt diesem zu folgen, hat man Herrn v. Puttkamer sofort zum Gouverneur von Kamerun gemacht. Die jetzigen Uebererschreitungen, die die Rechnungskommission wohl genau nachprüfen wird, zeigen, wie berechtigt die Mahnung des Herrn v. Soden war. An der Mißwirtschaft des Herrn v. Puttkamer tragen diejenigen einen großen Teil der Schuld, die ihn zum Gouverneur gemacht haben, sowie auch die, die ihn bis zu dieser Stunde auf seinem Posten gelassen haben. (Lebh. Bravo! links.)

Dr. Wache (Zr.) rügt ebenfalls die vielen Staatsüberschreitungen, besonders in der kameruner Verwaltung und regt an, als Abhilfsmittel eine Instanz für Rechnungssachen im Reichschatzamt zu schaffen. (Beifall i. Zentr.)

Eraberger (Z.) weist darauf hin, daß derartige Staatsüberschreitungen in Logo nicht vorgekommen sind, obwohl dort die Verhältnisse ähnlich liegen wie in Kamerun. (Sehr richtig! i. Zentr. und links.)

Hiermit schließt die Debatte.

Die Ueberficht wird der Rechnungskommission überwiesen.

Es folgt die Beratung der Novelle zum Schutztruppengesetz.

Die Novelle dehnt die bisher nur für Südwestafrika zulässige Möglichkeit der Einstellung weißer gemeiner Soldaten in die Schutztruppen auf die anderen Schutzgebiete aus und regelt die Pensionsverhältnisse der Angehörigen der Schutztruppen dahin, daß für die Berechnung des pensionsfähigen Dienstverhältnisses und der Pensionserhöhung die Charge maßgebend sein soll, welche die betreffenden bei Fortsetzung ihres Dienstverhältnisses in der Heimat erreicht haben würden.

Engelen (Z.) beantragt Ueberweisung an die Budgetkommission.

Pinghoheloh erklärt, daß auch nach Ablehnung der weißen Schutztruppe für Ostafrika die Regierung sich die Möglichkeit der Einstellung weißer Soldaten in den Kolonien sichern müsse.

Hagemann (Z.) bedauert die Ablehnung der weißen Schutztruppe und ist für Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Hiermit schließt die Debatte und die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfs über die Aenderung des § 833 des B. G. B. (Haftung des Tierhalters.) Dem Paragrafen soll folgender Satz hinzugefügt werden: „Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird, das dem Beruf, der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalt des Tierhalters zu dienen bestimmt ist und entweder der Tierhalter bei der Bewachung des Tieres die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet oder der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde.“

Staatssekretär Dr. Nieberding empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Redner geht ausführlich auf die Verhandlungen über den Paragrafen 833 gelegentlich der Beratung des B. G. B. zurück und erklärt, daß die Regierung damals nur widerwillig und um nicht das ganze bürgerliche Werk scheitern zu lassen, die Fassung akzeptiert habe, die der Reichstag damals in dritter Lesung dem Paragrafen gab. Diese Fassung entspricht dem französischen Recht, widerspricht aber dem deutschen Volkstempfinden und dem deutschen Volkrecht. Daher haben auch Länder, wie Baden und die Schweiz, die das französische Recht aufgenommen haben, sich ihm in diesem Punkte nicht angeschlossen. Einem Beschluß des Reichstags zufolge legen wir Ihnen daher diese Vorlage vor. Ich bitte Sie

insbesondere zu berücksichtigen, daß jetzt wohl der große Besitzer sich versichern kann, nicht aber der kleine Mann, der mit seinem Pferde oder mit seinem Hundefarren in die Stadt fährt, oder auf dem Lande mit seinem Esel herumzieht. (Beifall rechts.)

v. Treuenfels (N.) dankt namens seiner Freunde der Regierung für die Vorlage. Von einer agrarischen Tendenz kann keine Rede sein. (Opol b. d. Soz.)

Dasbach (Z.) erklärt sich im Namen seiner Freunde für die Vorlage.

Stolle (Zp.): Der Entwurf trägt überwiegend ein agrarisches Gepräge und die Agrarier waren es auch, die zuerst nach ihm riefen. Bezeichnender Weise beruft sich die Regierung in der Begründung der Vorlage auf das Gutachten der preussischen Landwirtschaftskammern. Es mag ja manchen Landwirten unbehagen sein, wenn er für den von seinen Haustieren angerichteten Schaden vollständige Ersatz zu leisten hat; aber auf der anderen Seite stehen doch Millionen von Leuten, die durch Tiere geschädigt werden können. Man hätte also auch bei den Geschädigten Ermittlungen anstellen müssen. Die Landwirte können sich ja gegen Haftpflichtleistung versichern, und man sollte von Staatswegen diese Versicherung obligatorisch machen. Schon jetzt gibt es Institute, bei denen man sich für ein paar Mark mit Hunderttausenden versichern kann. Es liegt also gar kein Grund vor, jetzt schon wieder Aenderungen des erst so kurze Zeit bestehenden Gesetzes vorzunehmen. Wenn das Reichsgericht einige zu drakonischen Urteile in dieser Sache gefällt hat, so ist doch jetzt eine Aenderung eingeleitet, und das Reichsgericht ist zu milderen Urteilen gelangt. Ich habe so viel Vertrauen zu den deutschen Richtern (Hört! hört! rechts), daß ich glaube, sie werden hier auch das Richtige treffen. Wenn die Haftpflicht des Tierhalters abgeschafft wird, so hat ganze Reihe von kleinen Gewerbetreibenden Schaden davon. Ich kam den Reichstag im Interesse der Billigkeit und der Gerechtigkeit nur dringend bitten, seine Zustimmung zu dieser Forderung der bestehenden Gesetzgebung nicht zu geben. (Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär Dr. Nieberding weist auf einen Satz in der Begründung hin, worin es heißt: Ebenso hat sich die erhebliche Mehrzahl der preussischen Handelskammern für eine Wulderung der Haftpflicht ausgesprochen. (Hört! hört! rechts.) Es sind auch nicht etwa bloß Preußen und Mecklenburg, sondern auch Bayern, Sachsen, Württemberg, Hessen, Elsaß-Lothringen befragt worden. Wir haben Erhebungen bei den Landes- und Oberlandesgerichten angeestellt und uns auch bei den Vertretern des Lohnverkehrs, also städtischen Gewerbetreibenden, erkundigt. Wie kann man da von einer agrarischen Interessenpolitik sprechen? (Lebh. Beif. rechts und im Zentr.)

Seld (N.) begrüßt die Vorlage. Das jetzige Gesetz ist geradezu ein Ausnahmengesetz gegen die Tierhalter. (Sehr wahr! rechts und in der Mitte.) Schon daraus, daß die Handelskammern zugestimmt haben, ergibt sich, daß es sich um kein agrarisches Gesetz, sondern um ein Gesetz zum Schutze kleiner Gewerbetreibender handelt. Gewiß ist es für den Verletzten schlimm, keine Entschädigung zu erhalten. Aber wenn jemand vom Blitz getroffen wird, erhält er auch keine Entschädigung. (Lachen links.) Einmal kam folgender Fall vor: Ein Hund jagte eine Kage, die Kage sprang auf eine Kuh, die Kuh schlug aus und verletzte ein Milchmädchen. Wer haftet nun? Der Besitzer des Hundes oder der Kage oder der der Kuh? (Gr. Heiterkeit.) Solchen Zuständen muß die Gesetzgebung möglichst rasch abhelfen. (Bravo! rechts und in der Mitte.)

Schrader (Zp.): Die Vorlage ist inkonsequent. Will man die Haftpflicht für den durch Haustiere verursachten Schaden beseitigen, so muß man auch die Haftpflicht der Luxustierhalter beseitigen. Es geht nicht an, so einfach den ganzen Schaden auf den Verletzten zu werfen. Die Vorlage, die den zweiten Punkt der Tagesordnung bildet, befolgt ja auch die umgekehrte Tendenz und macht die Automobilbesitzer auch für unverschuldeten Schaden haftbar.

Brunstermann (N.): Das bestehende Recht ist direkt unmoralisch. Nach ihm wäre der barmherzige Samariter, wenn sein Esel beim Transport gestürzt wäre, noch zur Zahlung einer Rente an die Witwe des Reisenden, der unter die Räder fiel, verurteilt worden. (Heiterkeit rechts.) Die Vorlage geht uns noch nicht weit genug und wir behalten uns Abänderungsanträge vor.

Burlage (Z.): Wohl spricht für das bestehende Gesetz das schöne und zukunftsreiche Gefährdungsprinzip. Aber diesem Prinzip darf keine allzuweite Ausdehnung gegeben werden. Es ist etwas anderes, wenn ein reicher Automobilbesitzer oder ein wenig leistungsfähiger Tierhalter den Schaden ersetzen soll. Wenn ein sonst frommes Pferd von einer giftigen Fliege gestochen wird und beim Auschlagen vielleicht einen Familienvater tötet oder veraltet, so ist das eine Zufälligkeit, für die niemand haftet. Selbst in Frankreich sind die einschlägigen Bestimmungen nicht so rigoros ausgelegt worden, wie in Deutschland. Diese rigorose Auslegung ist es, die uns zur Aenderung des bestehenden Gesetzes nötigt. Ich bin daher für die Vorlage.

Wollenbührer (Zp.): Herr Seld erklärte es für die denkbar größte Ungerechtigkeit, daß jetzt unter Umständen derjenige, der durch ein Tier körperlich verletzt wird, den Ersatz des materiellen Schadens beanspruchen kann. Will Herr Seld diese Ungerechtigkeit beseitigen, dann sollte er eine gründliche Reform des B. G. B. beantragen mit Beseitigung jeder Schadenersatzpflicht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es ist noch nicht dagewesen, daß die Regierung bereit war, auf einen Initiativantrag hin so schnell eine Gesetzesänderung vorzunehmen. Sie wäre kaum so schnell bereit gewesen, wenn der Reichstag etwa eine Aenderung zu Gunsten der durch Tiere verletzten Personen beschlossen hätte. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokraten.) Zuleibe der Agrarier aber wird gleich das bürgerliche Gesetz umgekrempelt. (Sehr wahr! bei den Soziald. Gelächter rechts.) Hauptächlich kommen Pferde und Ziehunde resp. Esel für die Beschädigungen von Menschen in Betracht. Wenn die Regierung den Keinen Tierhalter entlasten wollte, so hätte sie dafür sorgen sollen, daß die Haftpflichtversicherungen und die Unfallversicherung mehr ausgebaut wurde. Man könnte wohl den Tierhalter mehr entlasten, ohne daß man dem Geschädigten und den Krüppeln die Entschädigung verweigert. Der Herr Staatssekretär berief sich für die Notwendigkeit der Vorlage auf eine Reichsgerichtsentcheidung, die das Reichsgefühl weiter streift verlegt hätte. Auf dem Gebiete der Strafrecht sind sehr viele Urteile gefällt worden, die das Reichsgefühl noch weit mehr verletzen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Verurteilungen streitender Arbeiter wegen Erpressung und die Anwendung des groben Unfugparagrafen haben dem allgemeinen Reichsbewußtsein weit mehr ins Gesicht geschlagen. (Sehr richtig! bei den Soz.) In der Tat ist nicht das zarte Reichsbewußtsein der Grund für die Aenderung des § 833, sondern das Interesse der Agrarier. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sie (nach rechts) setzen hier das Reichsgericht in den Augen der Besitzenden so herunter, daß demnächst kein Hund mehr ein Stück Brot

mehr von ihm nehmen wird. (Sehr gut! bei den Soz.) In dieser ganzen Frage kommen sichtlich soziale Gesichtspunkte zur Entscheidung. Ich erinnere daran, wie Nationalliberale, Zentrum und Konfervative im Abgeordnetenhaus sich darüber eintrifft haben, daß Kindern auf Grund des Unfallversicherungs-Gesetzes Renten zugesprochen werden. Das 5-jährige Kinder ausgebaut und in Betriebe zu Kruppeln werden, daß ist den Herren immerlei. Als Ungeheuerlichkeit empfanden sie nur, daß diese Kinder dann Rente erhalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ganz derselbe Gedanke ist auch der Grundzug dieses Gesetzes und die Regierung magt es nicht, den Agrariern zu widersprechen. Wenn die Regierung sich wieder einmal mit ihren sozialen Leistungen auf Weltausstellungen hinsetzt, dann möge sie auch diesen Gesetzentwurf mit ausstellen, um zum Ausdruck zu bringen, daß die deutsche Gesetzgebung so sozial ist, daß sie die Großgrundbesitzer sogar mit Pensionen der Krüppel, Witwen und Waisen bereichert. Wohlhabender Verfall bei den Sozialb.)

Hilpert (Wirtsch. Bgg.) spricht sich für das Gesetz aus, der Tierhalter soll von der Schutzpflicht doch nur befreit werden, wenn er alle möglichen Vorsichtsmaßregeln getroffen hat.

Stolle (Soz.): Daß die Handelskammern sich in demselben Sinne geäußert haben, wie die Landwirtschaftskammern, ist nicht wunderbar. Denn auch in ihnen sitzen viele Tierhalter. — Herr Gröber hat sich seinerzeit ganz anders geäußert wie heute Herr Vurlage. Er hielt es für eine Forderung der Gerechtigkeit, daß derjenige den Schaden, den ein Tier anrichtet, tragen solle, der den Nutzen von dem Tiere habe. Wenn man hier das V. u. B. ändert, warum dann nicht auch beim Wildschaden? Freilich, so bereit zur Gesetzesänderung ist die Regierung nur, wenn es Herr Vapin wie bei der Seemannsordnung oder hier die Agrarier verlangen. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Vurlage (Z.) polemisiert, auf der Tribüne unverständlich, gegen den Abg. Stolle.

Stora (Südd. Vp.) steht der Vorlage wohlwollend gegenüber, wünscht aber eine bessere Fassung derselben. Damit ist die erste Beratung erledigt. Da Kommissionsberatung nicht beantragt ist, wird die zweite Lesung sofort im Plenum erfolgen.

Hierauf verlag sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Diätenvorlage, Automobilhaftpflichtgesetz, Vogelchutzgesetz und Wahlprüfungen.)

Schluss 5 1/2 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 26. April.

Zuzug von Mauern nach Lübeck ist wegen bevorstehender Differenzen streng fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden. Zuzug von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Wegen Mafregelung von Verbandmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheers verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Zimmerer! Ueber den städtischen Wasserbauplatz ist seitens der Baufstelle Lübeck des Zentralverbandes der Zimmerer die Sperre verhängt wegen Nichtanerkennung des hierorts zwischen den Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossenen Arbeitsvertrages.

Achtung, Kutcher! Nachstehender Betrieb hat die Forderungen der Kutcher nicht bewilligt: E. Gewers, Nachtreher-Allee 10. Ueber diesen Betrieb ist die Sperre verhängt worden. Kein aufgellarter Kutcher darf in demselben Arbeit annehmen.

Zuzug von Mauern und Banarbeitern nach Schwartau, Pausdorf und Meendorf a. D. ist fernzuhalten, da dort ein Streit ausgebrochen ist.

Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen die in der Maschinenfabrik von Schärfke beschäftigten Arbeiter.

Nachtlänge zur Senatswahl. Man ist oben eifrig bemüht, allen etwaigen Zweifeln an der Giltigkeit der Wahl Stracks entgegenzutreten. So schreibt das Amtsblatt in seiner gestrigen Abendausgabe:

Aus Anlaß der Wahl des Herrn Senator Strack in den Senat ist in hiesigen Blättern ein Zweifel laut geworden, ob die Wahl mit Art. 6 Abs. 2 der Verfassung in Einklang stehe, nach dem von der Wahl ausgeschlossen ist derjenige, dessen Vater, Sohn, Vollenbruder, Halbbruder, Stiefvater, Stiefsohn, Schwiegervater, Schwiegersohn oder offener Handelsgesellschaftsmitglied bereits Mitglied des Senates ist. Unsere Erkundigungen haben ergeben, daß die Lösung der Firma Strack u. Gewers, die bisher aus den Herren Senator Friedr. Gewers und Strack bestand, am Sonnabend, den 21. April, beim Amtsgericht beantragt ist. Die Verfügung des Amtsgerichts zur Verantwortlichkeit und die weiter erforderlichen Formalitäten waren bis zum Sonntag morgen nicht zu erledigen, so daß die Veröffentlichung erst in der am Dienstag morgen erscheinenden Nummer der amtlichen Lübeckischen Anzeigen erfolgen konnte. Es geht hieraus hervor, daß in der Tat die Auflösung der Handelsgesellschaft durch den Austritt des Herrn Senator Friedr. Gewers am Sonnabend 2 Tage vor der Wahl erfolgt ist. Gegen die Verfassung ist sonach weder formell noch materiell verstoßen.

Wir zweifeln keinen Augenblick, daß diese Angaben zutreffend sind. Durch dieselben wird jedoch bewiesen, wie richtig manchmal die Klagen sind, die einige Menschen haben. Am Sonnabend, also am Tage nach der Versammlung der Bürgerrechtsmitglieder, kam Herr Strack auf den Gedanken, aus der Gesellschaft, deren bis heriger Teilhaber er war, auszuscheiden; und sofort wurde der Gedanke in die Tat umgesetzt. Zwei Tage später war Strack Senator. Sollte Herr Strack vielleicht geahnt haben, wer zum Senator ernannt würde? Natürlich ist es ganz gleichgültig, ob die Senatswahl am Freitag oder am Montag in Wirklichkeit vorgenommen wurde; das Resultat wäre doch immer das gleiche. Zu erwähnen ist, daß die ganze hiesige bürgerliche Presse sofort nach der Wahl in den höchsten Tönen ein Loblied auf die bisherige

Wirksamkeit des neuen Senators sang. Wir glauben kaum, daß derselbe, der doch bisher, außer bei den Negationen in der Travemünder Bucht, nur wenig hervorgetreten ist, davon besonders erbaut sein wird. — Gestern fand die Mitteleinführung des Herrn Strack statt, aus welchem Anlaß Herr Bürgermeister Dr. Eichenburg so wohl als auch das neue Senatmitglied die obligaten Reden hielten. Weiter ist darüber nichts zu berichten; höchstens noch, daß auch einige Gebäude, die dazu verpflichtet sind, geklagt hatten.

Der Bürgerausschuß hatte sich gestern mit der Erweiterung des städtischen Elektrizitätswerkes, wofür 475 000 Mark gefordert werden, zu beschäftigen. Die Vergrößerung des Werkes wird durch größere Neuananschaffungen bedingt, zu denen insbesondere der neue Bahnhof, das Hansa-Theater, das neue Geschäftshaus der Firma Rudolph Karstadt, die Postneubauten, die Gasanlagen, das neue Stadttheater usw. gehören. Bezüglich der Beleuchtung des neuen Bahnhofes haben zwischen der Verwaltungsbehörde und der Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft kommissarische Verhandlungen stattgefunden, die zum Abschluß eines Vertrages geführt haben. Dieser Vertrag lag dem Bürgerausschuß zur Genehmigung vor und bedarf noch der Bestätigung der Bürgerchaft und des Ausschusses der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft; er ist auf 10 Jahre abzuschließen und die höhere Genehmigung muß bis zum 8. Mai erfolgt sein. Danach verpflichtet sich die Bahngesellschaft, den zur Beleuchtung und Kraftversorgung des neuen Bahnhofes einschließlich der Außenbahnbrücke und des Verwaltungsgebäudes erforderlichen elektrischen Strom vom städtischen Elektrizitätswerk zu entnehmen und für die Entnahme von Lichtstrom mindestens 33 290 Mark oder für 160 000 Kilowattstunden 20,8 Pfg. pro Kilowattstunde zu zahlen. Der Bürgerausschuß bewilligte die geforderten 475 000 Mark und genehmigte auch den unter Vorbehalt mit der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag. — Bewilligt wurden noch für die Erweiterung des Schulhauses in Schlutup 22 900 Mark, für die Erneuerung der roten Balle auf dem Brivall 4000 Mk., zur Einrichtung der Brivallfeuer für elektrische Beleuchtung 6500 Mark, für die Verbreiterung des Anlagensteiges bei der Badeanstalt in Travemünde 900 Mark, für den Landankauf zum Schulgrundstück in Nüdnitz 301,50 Mk.

Die Generalversammlung des Konsumvereins findet am heutigen Donnerstag im Vereinshaus statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Bericht des Vorstandes, Bericht des Aufsichtsrates und Genossenschaftliches. Zu dieser Versammlung sind die Frauen der Mitglieder freundlichst eingeladen, und ist zu erwarten, daß dieselben zahlreich erscheinen werden.

S. Miss Claire de Serval, die amerikanische Sungenkünstlerin mit dem französischen Namen und der unverfälscht deutschen Sprache, hat am Dienstag abend programmäßig ihre 17-tägige Faltzeit beendet. Ließ der Besuch an den vorhergehenden Tagen mitunter viel zu wünschen übrig, so war der Andrang des Publikums am Dienstag abend, trotz erhöhter Eintrittspreise, ein überaus starker. Zu verwundern bleibt es, daß das schwache Glashäuschen, dessen Schönheit anscheinend durch die Nüchternheit etwas zu leiden hatte, durch den Andrang der Schlußtöne nicht eingedrückt wurde. Halb elf Uhr wurde Claire durch Beamte der Schlußgesellschaft aus ihrer „Wotlage“ befreit. Am Triumph gings nach dem oberen Saale zur Bühne, von wo aus der Impresario den Anwesenden einen kleinen Vortrag über das Wesen und die Entstehung der Sungenkunst hielt, deren Wichtigkeit wir nicht nachprüfen wollen. Während nun Fräulein Clara — pardon Claire — die Wage bestieg, um das Gewicht ihres physischen Daseins festzustellen, intonierte die recht gut dirigerte und vorzüglich spielende Kapelle Schenk mir doch ein bißchen treue Liebe“ und — Miss Claire de Serval hatte in 17 Tagen um 12 Pfd. abgenommen, so lautete das Enderesultat des Abmägens. Nachdem noch die Künstlerin dem Publikum in schäumendem Champagner ein Hoch ausgedrückt, trennte man sich. Wenn auch solche Hungerexperimente für die medizinische Wissenschaft nichts Neues mehr bieten können, die Besucher brauchen ihr Eintrittsgeld nicht zu bereuen, sie können sagen: es war mal was anders!

Aus dem Gerichtssaal. Der Arbeiter J. aus Hamburg hatte bei einem hiesigen Fahrradhandler ein Rad auf Abzahlung gekauft, konnte jedoch seinen Verpflichtungen dem Verkäufer gegenüber nicht nachkommen und mußte das Rad wieder zurückgeben. In der Nacht zum 30. Dezember konnte sich J. dem Drange, sein ehemaliges Rad wieder zu besitzen, nicht entziehen, und er stahl dasselbe aus dem Schuppen, in dem es untergebracht war. Wegen dieses Vergehens wurde der Missetäter gestern zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Frühjahrs-Kontrollversammlung. In Krummsee, vor dem Hause der Witwe Dorendorf; Sonnabend, den 28. April 1906, nachmittags 2 1/2 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Beidendorf, Cronsförde, Dickseldorf, Crummsee, Moorparken, Niemark und Sirkstraße.

Nationale Schweinefeste. Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß aus dem Gehöfte des Arbeiters Thomas zu Boggensee die Weinfestschwärze ausgebrochen ist. Der Schweinefall des Genannten ist unter Sperre gestellt.

Stadthallen-Theater, Direktion Paul Gödding. Das Abonnement ist mit dem gestrigen Tage abgeschlossen worden. Die schon in weiten Kreisen bekannt gewordene Tatsache, daß wir uns auf unserer diesjährigen Sommerbühne an ganz vorzügliche Kunstleistungen werden erstreuen können, hat schon zahlreiche Kunstliebhaber veranlaßt, sich Sorge für die Eröffnungsvorstellung am 29. April zu sichern. Die Direktion hat es sich zur Aufgabe gemacht, uns jeden Abend auf eine prächtige und geistreiche Weise zu unterhalten. Bemerkenswert sei, daß Direktor Gödding den Cabaret-Abend nicht arrangiert hat, und er, wie sein Künstler-Ensemble, in keiner Beziehung zu demselben stand.

Wandsbek. Eine Bluttat. In der Partelschen Wirtschaft in der Kurzerei wurde am Dienstag abend gegen 8 1/2 Uhr mehrere Jäger in Streitigkeiten, in deren Verlauf der 23-jährige Jäger Herr Raubinger den Jäger Trollmann mit einem Revolver erschoss. Ein Geschöß traf ihn in den Brustkorb und ging zum Rücken wieder hinaus, ein zweites drang ihm in den Unterleib. Der Jäger starb nach kurzer Zeit. Der mitanwesende Sohn soll von Raubinger gleichfalls durch einen Schuß in den Leib bedenklich verletzt sein, ferner soll eine Stiefsochter des Ertrunkenen einen Streichhämmer am Kopf erhalten haben. Der Täter entfloh nach Hamburg. Die Wandsbeker Polizei sowie mehrere am Tatort anwesende Personen, darunter auch die Stiefsochter Trollmanns, nahmen seine Verfolgung sofort auf. Da Raubinger viel bei einer in der Steinstraße Nr. 22, Hs. 6, wohnenden Jägerfamilie verkehrte, nahm man an, daß er sich dort- hin begeben werde, und setzte die hiesige Polizeibehörde hiervon in Kenntnis. Von der Kriminalpolizei wurden sofort umfassende Maßnahmen zur Ergreifung des Täters getroffen. Zahlreiche Beamtentrossen ver-

folgten die Spur Raubingers, der in der Nähe des Hansnordischen Bahnhofes gesehen und in der Richtung auf die Ebbstraße geflohen sein soll. Die oben erwähnte Wohnung in der Steinstraße hatte Raubinger nicht aufgesucht.

Hamburg. Der Hamburgerischen Bürgerchaft ist die Senatsvorlage zugegangen betr. Erbauung zweier staatlicher höherer Mädchenschulen. — Die Wohnbewegung in der Damenkonfektionsbranche in Hamburg ist durch Erzielung eines Einvernehmens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beendet worden.

Hamburg. Die Strawalle vor den Geschworenen. Unter einem außerordentlich starken Andrang des Publikums begannen gestern vormittag vor dem hiesigen Schwurgericht die Verhandlungen in dem umfangreichen Prozesse wegen Aufzucht, Landfriedensbruchs, Widerstandes und Diebstahls gegen 30 Teilnehmer der Hamburger Strawalle, die im Januar d. J. stattgefunden haben. Alle Angeklagten wurden aus der Untersuchungshaft vorgeführt, in der sie sich zum Teil schon seit dem 17. Januar dieses Jahres, dem Tage der Unruhen, befanden. Die Zahl der Zeugen beträgt über 110. Die Mehrzahl sind Schulleute, die am Nachmittag des 17. Januar zur Bewachung des Rathhauses und Freizeithaltung des Rathhausplatzes aufgebieten waren und bei dieser Gelegenheit und später am Schopenstahl und in der Niedereckstraße mit den Angeklagten in Verührung gekommen sind. Ferner befanden sich unter den vorgeladenen Zeugen die bei den Tumulten persönlich und materiell geschädigten Geschäftsleute. Einem von diesen, einem Juwelier in der Niedereckstraße, wurden für 30 000 Mark Goldwaren entwendet, nachdem man ihm das Schaufenster eingeschlagen hatte. Im Besitz der meisten Angeklagten sind zahlreiche wertvolle Schmuckstücke und Uhren gefunden worden. Von den Angeklagten gelten drei, und zwar 1. der am 5. März 1885 geborene Spießgeselle Emil Stange, 2. der 25-jährige Schaueremann Heinrich Rudolph und 3. der 23-jährige Tagelöhner Elise Rudolph als Mädelstürzer im Sinne des Gesetzes. Sie sollen am Abend des 17. Januar, als die aufgeregten Menschenmassen durch die Polizei vom Rathause her nach dem Schopenstahl und der Niedereckstraße abgedrängt wurden, aus dem „Kassernenortel“ Hamburgs hervorgebrochen sein und unter Hohnrufen auf die Anarchie die Führung der tobenden und plündernden Massen übernommen haben. Insbesondere wird die Elise Rudolph beschuldigt. Sie soll auch Stange und ihren Namensvetter Rudolph zur Eröffnung der Barricaden aufgefordert und mit ihnen gemeinsam auf die anrückenden Schulleute Steine geworfen haben. Von den übrigen Angeklagten sind der Kommis Rocca zu erwähnen, der mit der Angeklagten Rudolph ein Verhältnis unterhalten haben soll, und der Hausdiener Wangel, der sich erst in den letzten Tagen der Behörde mit der Selbstbeichtigung gestellt hatte, er habe am Abend des 17. Januar bei den Demonstrationen im Schopenstahl einen Stein in den Laden des Uhrmachers Rosenbrock geschleudert. Der Selbstunruhmant wurde sofort in Haft genommen. Alle Angeklagten stehen durchweg in sehr jugendlichem Alter mit Ausnahme des Zigarrenarbeiters Nittner, der im 60. Lebensjahre steht. Von den Angeklagten sind nur drei gewerkschaftlich organisiert. Um die Angeklagten für den Vorfall zu bestrafen und die Geschworenen besser kennentlich zu machen, wurden ihnen im Laufe der Sitzung große weiße Pappschilde umgehängt, auf denen ihr Name aufgeschrieben ist. Die Anklagebank gewährte dadurch einen ganz ungewöhnlichen Anblick. Der Kommis Rocca spielt um Beginn der Verhandlung den wilden Mann. Er sprang von der Anklagebank auf, streckte die Beine weit von sich und lachte sich mit beiden Händen an den Kopf. Schließlich stimmte er ein solches Geheul an, daß der Vorfall nicht verständlich machen konnte. Darauf verließ Rocca in einen apathischen Zustand, weshalb zur weiteren Verhandlung ein Psychiater zur Beobachtung des Rocca zugezogen wurde. Einen ganz ungewöhnlichen Anblick bietet auch der Zeuge Nittner, auf dem eine große Anzahl eingeschlagener und zerbrochener Hamburger Schutzmannshelme, sowie ein ganzes Warenlager von Schmuckstücken, Wertgegenstände und anderes mehr, ausgebreitet ist. Man hat diese Gegenstände sämtlich im Besitz der Angeklagten gefunden. Nach der Auslösung der Geschworenen wurden die Personalien der Angeklagten festgestellt, wobei sich ergab, daß die Mehrzahl von ihnen vorbestraft ist und zwar wegen Beamteneitelung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Diebstahls, Betruges, Substanz, Betetelei u. Die einzige weibliche Angeklagte Elise Rudolph, die 1881 in Berlin geboren ist, ist wegen Betruges vom Landgericht Chemnitz und neunmal wegen Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften von den Gerichten in Berlin, Leipzig, Chemnitz und Hamburg verurteilt worden. Außerdem hat sie mehrere Jahre in Besserungsanstalten und Arbeitshäusern gesessen. Sie hat sich dabei sehr gut konformiert und ist kürzlich von der sittenpolizeilichen Kontrolle befreit worden, weil sie mit Heiratgedanken umgeht. Die Verhandlungen werden voraussichtlich 10 bis 12 Tage dauern.

Einshorn. Ein scheußliches Sittentreiben ist in der Nacht zum Dienstag an der zehn-jährigen Tochter des Tischlers M. in Langelslohe verübt worden. Der Täter, ein hier in Arbeit stehender, seit einem Vierteljahr verheirateter Schlächtergeselle, bewohnt mit dem Tischler M. eine Etage. Als er Dienstag nacht gegen 2 Uhr nach Hause zurückkehrte, zog er auf dem Flur die Stiefel aus und schlich in das Schlafzimmer der Kinder des M., das getrennt von dem der Eltern liegt. Als die zehn-jährige Tochter klara erwachte und fliehen wollte, ergriß er sie, warf sie aus das Bett, steckte ihr zwei Finger in den Mund, um sie am Schreien zu verhindern, und verübte seine bestialische Tat. Das Kind ist furchtbar ausgerichtet.

Hamburg. Landtagswahl. Zum Abgeordneten für den preussischen Landtag wurde mit allen abgegebenen Stimmen der Oberregierungsrat Just, Direktor im Reichsamt des Innern, gewählt. Die sozialdemokratischen Wahlmänner waren nicht erschienen. Der neue Abgeordnete gedankt als Hospitant bei der nationalliberalen Fraktion einzutreten.

Bremen. Hafenerweiterung. Der Senat beantragt bei der Bürgerchaft die Bewilligung von 7 213 000 Mark als weitere Rate für die Hafenerweiterung von Bremerhaven.

Lübecker Marktpreise vom 25. April.

Bauern-Butter 1,15 Mk., Meierei-Butter 1,25 Mk., Hasen Eid. — Mk., Enten Eid. 4,00 Mk., Gähner Eid. — 2,50 Mk., Rillen Eid. — 2,50 Mk., Lauben Eid. 0,60 Mk., Gänse Eid. — 1,10 Mk., Fildgans — Mk., Schweinefleisch 1,00 Mk., Schinken 1,20 Mk., Würst 1,30 Mk., Eier 10 Stück 60 Pfg., Karpfen Eid. 100 Pfg., Ger. Vach. 70 Pfg., 1—2,40 Mk., Karautchen Eid. 80 Pfg., Gohl. 1,20 Mk., Vach. 70 Pfg., Barch. Eid. 70 Pfg., Nax. Eid. 1,20 Mk., Tepsel. beste Cravensteiner 100 Pfg. — Mk., Ronnen 100 Pfg. —, — Mk., andere Sorten 100 Pfg. 25—35 Mk.,

Mittwoch vormittag entschloß sich nach langem schweren Weiden mein lieber Mann und meiner Kinder guter Vater, der Bauarbeiter

Christian Peters

im 51 Lebensjahre tief betrübt von mir, meinen Kindern und allen Verwandten

Sophie Peters, geb. Neckel.

Schönlampstraße 14 a.
Beerdigung am Montag den 30. April, 11 1/2 Uhr, von der Kapelle (Burgtor) aus.
Trauerfeier 11 1/2 Uhr.

Für die Aufmerksamkeit anlässlich unserer Silbernen Hochzeit sagen wir unsern besten Dank
F. Vierig und Familie.

Herrn Joh. Schnauer zu seinem Geburtstage ein donnerndes Hoch.
Unenannt und doch bekannt.

Ein freundl. Zimmer noch vorne zu vermieten. Georgstraße 28, 11.

Gesucht Mädchen od. Tagesmädch. Fr. Kahtgens, Geibelplatz 4.

Sofort eine saubere tüchtige **Reinmachefrau** für den ganzen Tag bis zum 1. Mai. Pfeilschauerstraße 1. III.

15-20 Erdarbeiter gesucht für Drainage und Maschinenbau, Stundenlohn 35-40 Pf., Wifford 4.50-5.00 Mk. pro Tag. Schachtmeister Christiansen, Sonderburg.

Sofort junger Knecht gesucht. Schlump. Rugenstein.

Ein unterhaltenes Fahrrad billig zu verkaufen Glandorpstraße 14, 3. Etage.

Monatskartoffeln, Maanum bonum zum Pflanzen, Perlbohnen, Wachsbohnen und Brechbohnen zu verkaufen. Klappenstraße 6 b, 2. Etage.

1 Fuder Dung, 1 Reiskreit mit Reiskühne. Schönlampstraße 5.

Billig zu verkaufen gute getragene **Sackett-Anzüge**, Hosen, Blusen und Damen-Heider. Neudienstraße 38.

1 a. gem. Zucker Pfd. 19 Pfg., etwas feucht. Wiedebestraße 42.

Kellner
Fracks
Westen
Hosen
Jacken
Anzüge
Wäsche

Elegante
Mass-Anfertigung
ohne Preisverhöhung.

empfehlen in tadelloser Ausführung zu billigsten Preisen
Louis Levy
Lübeck, Klingenberg 5.
Rote Rabattmarken.

Durch großen und günstigen Abschluß bin ich in der Lage für 1.00 u. 1.20 Mk. per Pfund einen wirklich

schönen Kakao

(garantiert rein) zu liefern.

H. Bülck,

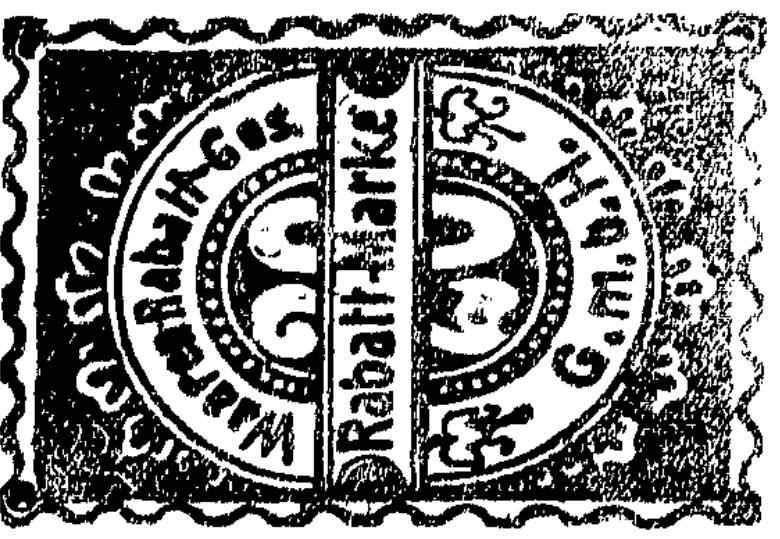
Fernspr. 149. Breitestr. 54.

Ludw. Hartwig.
Sie erhalten Lubeca-Marken.

Stets frisch im Karton und auch aufgehoben empfiehlt sich

Nächster Gratismarken-Tag
Sonnabend, 28. April.

10 Schiffebuden 10



10 Schiffebuden 10

(Zwischen je 10 Gratismarken muß sich eine größere Anzahl gesammelter Marken befinden.)

Die grünen Marken gehen nicht ein.

Bibliothek des praktischen Wissens.

- Nr. 1. Die Kunst der Rede, Mk. 1.
- Nr. 2. Das Ehe- und Familienrecht, Mk. 0.75.
- Nr. 3. Das Vormundschaftsrecht, Mk. 0.75.
- Nr. 4. Das Erbrecht und die Testamente, Mk. 0.75.
- Nr. 5. Das Recht der unehelichen Kinder und der Kindermütter, Mk. 0.75.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

214. Preußische Klassen-Lotterie.

Größere Anzahl Lose in 1/4 1/8 1/10 Abschnitten zur 5. Klasse vorrätig.
Carl Bischof, Lotterie-Einnehmer, Braunstr. 36.

„Die Neue Zeit“

— Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. —
Redigiert von Karl Kautsky.
Buchhandlung u. Buchdruckerei von **Friedr. Meyer & Co.**

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kchiz. Markt 4 10.

sind vortheltigst bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. u. v.:

Lederhosen	1.80-2.45
Maurerhosen	2.60-3.75
Schlosserhosen	1.88-2.25
Heberziehhosen	0.88-2.35
Bwirn-Hosen	1.38-2.25

leinere Jacken, schräge und gerade, 1.25
Haken, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken.
Wasser-Mantel erkauftlich billig.
Mützen von 36 Pfg bis 1.25 Mk.

Massen erzeugen meine billigen Preise
Früher M. 120.—, jetzt M. 85.—

Florett-Fahrräder
allen voran!
Pa. Material, 2 Jahre Garantie!
Freilaufnabe Torpedo M 15 mehr.
Mantel von M. 3.50 an, Schlauche M. 2.80,
Nachteln-Laternen M 2

H. A. Hill, Fahrrad-Verhandl., Johann-nistr 9 Ambos-Fahrrad,
M. 75, 1 F. Car. Außerdem führe Brennabor-, Panther- und Clais-Weil-Mäder.

Wegen Abnahme größeren Postens Schweine

- verlaufe diese Woche:
- | | |
|-----------------|-------------|
| Schweinefleisch | Pfd. 70 Pf. |
| Flohen | Pfd. 70 Pf. |
| Bestes Schmalz | Pfd. 70 Pf. |
| Gefochte Würst | Pfd. 70 Pf. |
| Leberwurst | Pfd. 70 Pf. |
| Braunschweiger | Pfd. 60 Pf. |
| Preßkopf | Pfd. 60 Pf. |

Wilh. Strohsfeldt
Glockengiesserstr. 73
Markthalle 13, 14 u. 15.

Durch Zufall
konnte ich zwei sehr große Posten in **Sommer-Herren-Paletots und Herren-Anzügen** weit unter Preis kaufen und empfehle diese **bedeutend unter Wert!**

Günstige Einkaufsgelegenheit von wirklich eleganter u. tadellos sitzender Garderobe
zur Maifeier.

Herren-Anzüge
wirklicher Wert 30 bis 54 Mk., verkaufe mit 17.00 bis 35.50 Mk.

Herr.-Som.-Paletots
wirklicher Wert 32 bis 60 Mk., verkaufe mit 14.50 bis 26.00 Mk.

Louis Levy
Klingenberg 5,
Ecke Marlesgrube.
Rote Rabattmarken!

Großer billiger Ausverkauf
in Garnituren, Schlafzimmern, Kleiderschränken, Waschtischen, Sofattischen, Spiegeln, Küchenschränken, Verticows, Bettstellen mit Matratzen, Kommoden u. Spiegel-schränken, Stühlen, Sesseln, Bauernstühlen, Bildern, alles billig!!! w. gen. Mänuung des Labens
Beckergrube 20.

Maifeier.
Freitag den 27. d. M., abends 8 1/2 Uhr:
Sitzung mit säkultlichen Hilfskomiteemitgliedern im Vereinshaus.
Gewerkschaften und Vereine, die ihre Beteiligung am Festzuge noch nicht angemeldet, werden dringend ersucht, dieses bis zum Freitag abend zu bewerkstelligen.
Das Maifeier-Komitee.

Oeffentliche Kartell-Versammlung
am Freitag den 27. April abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnungen.
2. Festsetzung des Datums für das Gewerkschaftsfest.
3. Eingänge.
Bollständiges Erscheinen der Delegierten erwartet
Die Kartellkommission.

Außerordentliche General-Versammlung
der **Maurer-Lokal-Bronnenkasse** zu Lübeck
am Freitag den 27. April 1906 abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
Unterstützungsgesuch eines erkrankten Mitgliedes.

Achtung Maurer!
Extra-Mitgliederversammlung
heute Donnerstag den 26. April abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.
Die Arbeitseinstellung auf dem Karstadt-schen Bau.
Der Vorstand.

Gesang-Verein „Freiheit“
BALLO
am Sonntag den 29. April 1906
im lokale des Herrn Jenkel, EINSEGEL.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzeln Damen 20 Pf., wofür Garderobe.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Das Komitee.

Panorama
Breitestr. 53, 1. Stg.
Wanderung im Küstenland und der österr. Riviera etc.

Hansa-Theater
Freitag den 27. April:
Wettfahren
Theo Porté — Willadsen, Champ. Cyclist gegen A. Pansien-Bremen.
(Distance 2000 Meter mit 150 Meter Vorgabe an Pansien) und nur noch 4 Tage das Sensationsprogramm.
Vorverkauf in Sager's Zigarrengeschäft und 11-1 Uhr an der Theaterkasse

Was ist nun Recht?

In München sind im vorigen Sommer die Bauarbeiter von den Arbeitgebern ausgeperrt worden, weil sie dem bekannten Schandvertrage nicht unterzeichnet haben. Aus Anlaß dieser Ausperrung sind zwei organisierte Arbeiter, die als Streikposten einige Arbeitswillige „in ihrer Ehe geküßt“ haben sollen, kriminallich gemacht worden. Die beiden Fälle, die getrennt, aber immer vor den gleichen Gerichten behandelt wurden und schließlich endgiltig zur Celebation kamen, haben sich in folgender Weise entwickelt:

Fall I. Inkompetente Äußerungen:
„Du Schuft, Du machst den Streikbrecher!“
Urteil des Landgerichts München I:
Drei Tage Gefängnis Freisprechung wegen Verletzung gegen § 153 Verurteilung des Anwalts.

Fall II. Verurteilung des Angeklagten.
Urteil des Landgerichts München I.
Verwerfung der Berufung.
Die Ausperrung ist erfolgt, um einem Streik zuvorzukommen. Daraufhin hätten die organisierten Ausperrten verabschiedet, die Arbeitswilligen zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen, um so die Arbeitgeber zum Nachgeben zu zwingen. Solche Verabredungen seien zwar nach § 152 R. G. D. statthaft, dagegen mache sich nach § 153 strafbar, wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, Drohungen, Ehrverletzungen oder Verurteilung bestimmet oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten. Dieser Fall trifft hier zu, denn die Äußerung des Angeklagten habe den Zweck gehabt, die Arbeitswilligen zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen und so der Verabredung der Organisation Folge zu leisten.

Revision des Angeklagten, in gleicher Weise motiviert, wie die landgerichtliche Freisprechung in Fall II.
Urteil des bayerischen Obersten Landgerichts:
Verwerfung der Revision des Angeklagten, weil nach den einwandfreien tatsächlichen Feststellungen des Berufungsgerichts die Voraussetzungen nach der eine Körperverletzung unter den § 153 R. G. D. falle, gegeben sei. Nach den tatsächlichen Feststellungen wollten die Arbeitnehmer auch nach verhängter Ausperrung noch gültige Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen und zwar durch die Verabredung der Arbeitswilligen zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen, um so einen Druck auf die Unternehmer auszuüben.

Revision des Staatsanwalts unter Hinweis auf die Motivierung der landgerichtlichen Verurteilung in Fall I.
Urteil des bayerischen Obersten Landgerichts:
Verwerfung der Revision des Staatsanwalts. Das Landgericht habe die nicht erkennbar durch einen Rechtsirrtum beeinflusste tatsächliche Feststellung getroffen, daß die Äußerung des Angeklagten nicht zu dem Zwecke getan wurde, um die Arbeitswilligen zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen. Es bedürfe daher auch keiner weiteren Erörterung der Frage, ob die weiteren vorzunehmenden Ausführungen der Vorinstanz, daß nämlich die §§ 152 und 153 gar nicht in Betracht kämen, einem rechtlichen Bedenken unterliegen oder nicht.

Der Straffennat des Obersten Landgerichts entzieht über beide Fälle in einer und derselben Sitzung. Wer kann sich nun aus, was den Streikposten eigentlich erlaubt ist und was nicht?

Das südliche Kalifornien

macht Dr. August Höfer in der „Frankf. Bzg.“ zum Gegenstand einer ansprechenden Schilderung. Er schreibt u. a.:
„Heute hat Kalifornien — zu seinem Glück — die führende Stellung in der Goldgewinnung der Erde längst an andere, goldreichere Länder abgegeben, und doch findet die fleißige Menschenhand auch heute noch ungeadmete Goldschätze in dem Lande, allerdings nicht mehr in Gestalt fabelhafter Goldklumpen, die ihrem Besitzer oft mehr Glück als Gewinn brachten, sondern vielmehr in Gestalt der Bodenerzeugnisse, die nunmehr für alle Zeiten den wichtigsten Reichtum des Landes bilden werden. Und der nun verbliebene Reichtum des Landes bilden werden. Und der nun verbliebene Reichtum des Landes bilden werden. Und der nun verbliebene Reichtum des Landes bilden werden.“

loftbare Maß reicht, herrscht die üppigste Fruchtbarkeit in dem Boden, der alles, was die Menschenhand an Rimen in ihn legt, mit tausendfältigem Segen zurückgibt; einen Schritt weiter dagegen die trostloseste Steppe, die nur das allerschäblichste Gestrüpp hervorbringt! Kein Wunder darum, daß die Bewässerungskunst hier zu einer sonst unerreichten Höhe der Vollendung gediehen ist, denn Wasser bedeutet hier Leben, Geld, alles...
„So sieht das heutige Kalifornien wesentlich anders aus als jenes, auf das die spanischen Mönche bei ihrer Ankunft herniedersehen. Vor allem aber hat sich in dem südlichen Teile des Landes, von San Francisco an, in wenigen Jahrzehnten eine Kultur entwickelt, die schon in ihrem gegenwärtigen, noch unvollständigen Zustande den Beobachter mit Staunen erfüllt. Je weiter er aber nach Süden vordringt, um so mehr tritt diese Bewunderung der Menschenarbeit zurück hinter dem Entzücken über die Herrlichkeiten der Natur. Nicht Südkalifornien zwar landschaftlich vielleicht nicht ganz an die schönsten Teile der Riviera herankommt, so überbietet es diese doch bei weitem an Pracht und Leppigkeit des Pflanzenwuchs: es ist meilenweit schneit der Blick über schier endlose Drangen und Zitronenbäume, Wein- und Obstgärten; Palmen der verschiedensten Art bilden die gewöhnliche Pflanzwelt des Gartens oder der Landstraßen, Pfeffer- und Eukalyptusbäume die Alleen; und nun gar die Blumenpracht ist unbekanntlich: alles grünt und blüht das ganze Jahr hindurch, denn Winter und Sommer sind hier Begriffe, die sich nur wenig voneinander unterscheiden; Plans man doch z. B. bei Los Angeles, dem Mittelpunkt dieser paradiesischen Gegend, zu jeder Jahreszeit in der See baden.“

„Und als ob alle Segnungen des Klimas, alle Reichtümer des Bodens noch nicht genügt hätten, fand man vor ungefähr 15 Jahren gerade in dieser Gegend auch noch gewaltige Petroleumquellen, und heute erheben sich mitten in der Stadt Los Angeles, oft neben einem Palmbaum, vor einem rosenumkränzten Häuschen, die entsetzlich hohen glockenförmigen Holzgerüste der Petroleumpumpen, und von manchem Hügel in der Stadt aus zählt man Hunderte und Aberhunderte dieser schwarzen, schwarzen Warten mitten in einer so herrlichen Umgebung; auch einer jener schreienden Gegenstände, an denen die Neue Welt so reich ist. Und doch hat gerade dieses Petroleum das Land in seiner Entwicklung wieder gewaltig gefördert: jene unangenehmen Seiten aller Fabrikstätigkeit, Rauch und Ruß, sind durch es auf ein Minimum eingeschränkt worden, denn heute werden fast alle Räder in Kalifornien mit Petroleum geheizt; selbst die Zuckerplantagen auf Honolulu führen diesen Ozeanrausch in besonderen Dampfern ein. Vor allem aber ist es zum Sieger geworden über den Staub, den schlimmen Feind eines solchen südlichen Landes, in dem den ganzen Sommer hindurch nie ein Tropfen Regen fällt. Wer Südkalifornien nur vor dieser Zeit gekannt hat, der denkt mit Schrecken an die stürmische Staubplage zurück; heute aber werden sämtliche Stadt- und Landstraßen zweimal im Jahr mit dieser zähen Flüssigkeit gebrannt, und sie verwandeln sich in die idealsten staubfreien Fahrbahnen, denen selbst ein Auto mobil nichts mehr entlockt. Alle Lokomotiven auf den kalifornischen Bahnen werden mit Petroleum geheizt, der Bahnbetrieb damit befreit, und so wäre eine Eisenbahnfahrt in diesem Lande heutzutage schon bester als eine ideale Fahrt, auch wenn die Hügel nicht elektrische Beleuchtung, Schlaf-, Speise- und Bibliothekswagen führten.“

Die Frage: Wird es rätlich, wird es überhaupt möglich sein, an die Wiederaufrichtung der von Grund aus zerstörten Stadt zu gehen? beantwortet Dr. Höfer dahin: „Wer die Stadt San Francisco gekannt, wer das ganze Land seiner Entwicklung verfolgt hat, wer vor allem den Amerikaner und besonders den dort im fernem Westen wohnenden Menschen schlag kennt, der wird nur eine Antwort auf diese Frage geben: Das Land wird sich sehr rasch von dem Schicksal erholen, und die Stadt San Francisco wird an demselben Platz, an dem sie gestanden hat, bald wieder...“

Sybil.

Sozialpolitischer Roman von Disraeli.
Übersetzt von Natalie Dieblich.

(Schluß.)
Wir müssen nun einen Schleier ziehen über die Seelenqual, welche die unvermeidliche und rasche Offenbarung der Wahrheit Sybil verursachte. Die Liebe zu ihrem Vater war eine jener tiefen Empfindungen, die einen Teil ihres Lebens zu bilden schienen. Sie war lange Zeit in unheilvollen Schmerz versunken, der nur durch die fromme Fürsorge Ursulas gemildert wurde.

In dieser Zeit des Kummers gab es noch eine andere Trauernde, die wir nicht vergessen dürfen: Bathy Marney. Alles, was Bitterkeit und ausgeachtete Rücksicht umsonst, um Arabellas Schmerz zu mildern und sie mit ihrem Schicksal anzuspornen, wurde von Seymour getan. Er traf sofort alle Anstalten, das, was von seinem Bruder vernachlässigt worden war, gut zu machen und ihr ein möglichst erträgliches und angenehmes Leben zu sichern.

Zwischen der Marney-Abtei, wo auf seinem Wunsch Arabella ihren Wohnsitz aufsuchte, und Rowbray verbrachte er viele Monate, bis eines Tages in Folge einer Unterhandlung, die wir nicht näher zu bezeichnen und nicht zu zerlegen brauchen, Bathy Marney in das Kloster von Rowbray kam und Sybil nach der Marney-Abtei zurückbrachte. Und Marney-Abtei verließ sie nicht mehr vor ihrem Hochzeitstage, an dem Graf und Gräfin Marney nach Italien abreisten, wo sie ein Jahr blieben und von wo sie gerade zu Beginn unserer Kapitels zurückgekehrt waren.

Von diesem Zeitpunkt hatten sich jedoch viele wichtige Ereignisse zgetragen. Lord Marney hatte sich mit Hatton in Verbindung gesetzt, der bald alles erfahren hatte, was sich in dem Urkundenkammer des Schlosses von Rowbray zgetragen. Das Ergebnis war nicht, was er einst erwartet

hatte, ob es war doch nicht ohne gewisse befriedigende Umstände für ihn. Wohl war ein unerwarteter und nicht zu überwindender Nebenbuhler auf dem Schauplatz erschienen, aber der Gedanke, daß er Sybil ihres Erbteils beraubt habe, war für Hatton leibhaftig ein Kreuz geblieben, der dunkle Punkt seiner Lebens gewesen, und es gab nichts, was er glühender wünschte, als sie in ihre Rechte einzusetzen zu sehen und zu dieser Einsetzung behilflich zu sein. Welchen Erfolg er in der Befreiung ihrer Ansprüche gehabt, das hat der Leser schon gehört.

Soziales und Barriereleben

„Und dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Die „Metallarbeiter-Verband“ hat jetzt eine Auflage von 307500 erreicht, die Mitgliederzahl des Verbandes hat 300000 überschritten. Die Nr. 17 der „Metallarbeiter-Zeitung“ erscheint aus diesem Anlaß im Festschwarz. — Der Rutscherstreik in Magdeburg ist beendet. Am Sonntagabend erklärte eine Versammlung der Ausländer ihre Einverständnis mit den von der Unternehmerkommission gemachten Vorschlägen und beschloß, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Die von den Führern gemachten Zugeständnisse bedeuten einen Erfolg für die Rutscher, wenn auch immerhin nur einen teilweisen. Ein ziemlich erheblicher Teil der Streikenden wurde am Montag Morgen nicht wieder eingekerkert. Für mehrere Fuhrgeschäfte dauert der Streik fort. Am Freitag Nachmittag und Sonnabend Morgen hat die Polizei noch 62 Streikposten festgenommen, von denen 12 in Haft gehalten wurden. Die „Magdeburger Bzg.“ teilt mit, daß gegen neun Rutscher Anklage wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs erhoben werden soll. Sie stellt ferner fest, daß sich etwa 30 Rutscher in Haft befinden, die wider die Paragrafen, die vom großen Unfug, Körperverletzung und Landfriedensbruch handeln, gefesselt haben sollen. — Die Berliner Schuhmacher (Schuharbeiter) befinden sich in einer Lohnbewegung. Sie haben einen vereinigten Minimallohnvertrag ausgehandelt. — Die Rheinländer beschlossen in einer in Duisburg abgehaltenen Versammlung die Verhängung der allgemeinen Schiffsperre. — Die Lithographen und Steinbrücker Breslauer streiken, nachdem die Abänderungseinstellung abgelaufen ist und die Forderungen nicht bewilligt worden sind. Am Streik werden 200 Arbeiter beteiligt sein. — Etwa 6000 Juweliere und Goldarbeiter in Paris beschloßen, vom 24. ds. Mts. ab in den allgemeinen Ausstand zu treten; sie verlangen den Achtstundentag mit derselben Löhnung wie für den Schmiedentag.

„Revolution“ in Meissen. Wahrscheinlich infolge der Gewinnung von Arbeitswilligen kam es, wie bei „Meißner Tagebl.“ berichtet, Montag Abend zu einer „bedrohlichen Ansammlung“ von ausgeperrten Metallarbeitern vor der Nähmaschinenfabrik von Dieselb u. Sode. Die Villa des Fabrikdirektors Fischer wurde mit verschiedenen Wurfgeschossen überschüttet. Als die Schutzmannschaft schließlich die Straßen räumte, wurden zwei Schutzleute, davon einer erheblich, durch Steinwürfe am Kopf verletzt. Gemachten Beobachtungen zufolge waren die Ruhestörer meist von auswärtig, vermutlich aus Dresden. Die hiesigen Arbeiter hielten sich im Hintergrund. Schon Sonnabend war es zu Ausschreitungen gekommen. Für heute werden neue Ausschreitungen „befürchtet“. — Etwas zum Gruseln für die sächsischen Spitzer.

Die Klage des Bergarbeiterverbandes. Die in der bekannten 20000 Mark Anleihe eingelegte Verurteilung kam am 23. d. M. vor der Essener Strafkammer zur Verhandlung. Der Chefredakteur der „Essener Volkszeitung“, Hanhamer, hatte während der Wahlbewegung öffentlich das Gerücht, daß 20000 Mark, die für die vorkommenden streikenden Bergarbeiter gesammelt worden waren, von dem Parteivorstande an die russischen Revolutionäre gesandt worden seien, übergeben. Der alte Arbeiterverband strengt

hatte, ob es war doch nicht ohne gewisse befriedigende Umstände für ihn. Wohl war ein unerwarteter und nicht zu überwindender Nebenbuhler auf dem Schauplatz erschienen, aber der Gedanke, daß er Sybil ihres Erbteils beraubt habe, war für Hatton leibhaftig ein Kreuz geblieben, der dunkle Punkt seiner Lebens gewesen, und es gab nichts, was er glühender wünschte, als sie in ihre Rechte einzusetzen zu sehen und zu dieser Einsetzung behilflich zu sein. Welchen Erfolg er in der Befreiung ihrer Ansprüche gehabt, das hat der Leser schon gehört.

Stuger-Wald wurde für die Gefahren, die er in Sybil Dienst bestand, reichlich belohnt. Lord Marney richtete ihm ein Geschäft und nahm Deviltsdust zum Teilhaber. Da Deviltsdust auf diese Weise eine Stellung in der Gesellschaft erlangte und Kapitalist wurde, so betrachtete er es als eine Pflicht des gesellschaftlichen Standes, einen passablen Namen anzunehmen; er nannte sich nach der Stadt in der er geboren war. Die Firma Marney, Rowbray und Compagnie ist im Aufschwung begriffen und wird wahrscheinlich mit der Zeit eine Anzahl von Parlamentenmitgliedern und Peers aufweisen können. Deviltsdust heiratete Karoline und Frau Rowbray wurde eine sehr beliebte Dame. Sie war für Hatton etwas zu plauderhaft, hatte aber ein sanftes Gemüt und einen heitern Geist, und unterstützte ihren Mann bei den Sorgen einer gewagten Spekulation oder übernahm die Rolle. Julia wurde Frau Radly und war sehr geachtet. Niemand wußte sich besser zu betragen. Sie war gefeiert als Karoline und packte vorzüglich für Hatton, der eine Persönlichkeit von entzückendem Willen und Methode neben sich brauchte. Was Partei anbelangt, so ist sie noch nicht verheiratet. Obgleich hübsch und jung ist sie selbstständig und etwas geizig. Sie hat hübsche Sparnisse gemacht und hat eine beträchtliche Summe auf der Bank, aber sie kann sich gleich vielen Gebrühen, nicht entschließen, ihr Geld mit jemand zu teilen. Die großen Reformmaßregeln Sir Robert Peels und drei gute Ernten haben das Geschäft in Row-

man gegen Hanhamer Klage an, weil er behauptet haben sollte, der Vorstand des Bergarbeiterverbandes habe diese 20 000 Mark an russische Revolutionäre gesandt. Diese Klage wurde in erster Instanz aus formellen und materiellen Gründen abgewiesen. Bei der nunmehrigen Berufungsverhandlung waren, nach bürgerlichen Meldungen, weder die Kläger, die Reichstagsabg. Sacke, Hue usw., noch deren Vertreter erschienen. Das Gericht beschloß die Verurteilung der Berufung.

Neunter Parteitag der polnisch-sozialdemokratischen Partei (P. P. S.) in Deutschland. In Katowitz (Oberschlesien) tagte an den Osterfesttagen der Parteitag der P. P. S. Erschienen waren Delegierte aus vielen Orten Oberschlesiens, aus Polen, Gnesen, Znowyaslav, ferner aus Breslau, Berlin, Hamburg, Bremen und aus Rheinland Westfalen. Mit den Mitgliedern des Vorstandes, den Kontrolluren usw. waren im ganzen 56 Teilnehmer an den Verhandlungen im Katowitzer Gewerkschaftshaus versammelt. Im Vordergrund der Verhandlungen stand die Frage der Vereinigung mit der deutschen Sozialdemokratie. Bekanntlich war die Vereinigung im Vorjahre daran gescheitert, daß der damalige Parteitag der P. P. S. die von seinem Vorstande mit dem deutschen Vorstand vereinbarten Vereinigungsbedingungen in einigen Punkten berat abänderte, daß diese von der andern Seite nicht akzeptiert wurden. Die später wieder ausgenommenen Verhandlungen zwischen den beiden Vorständen führten zu einem neuen Abkommen, das nunmehr wieder dem Parteitag der P. P. S. zur Beschlusfassung vorlag und das folgende Wortlaut hat: a) Organisation. Die polnischen Sozialdemokraten im Deutschen Reich bilden eine selbständige Organisation, deren Aufgabe darin besteht, die Agitation und Organisation unter der polnischen Bevölkerung Deutschlands zu betreiben. Die polnische Organisation ist ein Bestandteil der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an, desgleichen die Parteiführer der deutschen Partei, einschließlich des deutschen Parteitages als oberster Parteitag. Die Delegation zum deutschen Parteitag erfolgt nach den Vorschriften des deutschen Organisationsstatuts. Die Sektionsbildung innerhalb der einzelnen Parteiorde ist zulässig. b) Presse. Die in polnischer Sprache erscheinenden Blätter unterstehen der Kontrolle des Vorstandes und des Parteitages der polnischen Organisation. Das dem deutschen Parteivorstande zustehende Recht der Kontrolle über die prinzipielle Haltung der Parteipresse — § 23 des Organisationsstatuts — bleibt unberührt. Die in Katowitz erscheinende „Gazeta Robotnicza“ ist offizielles Organ für alle im Deutschen Reich wohnhaften polnischen Genossen. Zur Ausübung der ständigen Kontrolle sowohl der Redaktion wie der Geschäftsführung wird eine Prüfkommission eingesetzt. Ein Mitglied der Prüfkommission wird vom deutschen Parteivorstand ernannt. c) Reichstagskandidaturen. Die Aufstellung der Reichstagskandidaturen wird auf einer Konferenz des Wahlkreises vollzogen, die von den organisierten Genossen des Wahlkreises oder deren Delegierten gebildet wird. Verantwortlichen sind die Genossen eines Wahlkreises nicht über die Kandidatur, so haben der Vorstand der polnischen Parteioorganisation und der Vorstand der Gesamtpartei eine Verständigung herbeizuführen. — Die Debatte über diesen Vereinigungsvorschlag war lang und lebhaft. Schließlich wurde der vorgelegte Vereinigungsvorschlag im obigen Wortlaut mit 48 gegen 5 Stimmen angenommen. Zum Punkt Agitation und Organisation wurde dann beschlossen: 1. Der Parteitag empfiehlt den Genossen die Gründung von Wahlkreisen, Regierungsbezirks- und Provinzorganisationen der P. P. S. mit dem Recht, Konferenzen abzuhalten. 2. Der Vorstand soll in dem Organisationsentwurf die Veränderungen vornehmen, die sich aus der Annahme des Einigungsvorschlages ergeben und sie als rechtsverbindlich in der „Gazeta Robotnicza“ veröffentlichen. 3. Im Organisationsentwurf soll eine Veränderung in der Besetzung des polnisch-sozialistischen Parteitages vorgenommen werden. Danach können bis 50 organisierte Genossen einen Delegierten, auf jede 50 Genossen bis 300 einen Delegierten mehr über 300 bis 400 ferner, darüber hinaus im Höchstfalle 3 Delegierte entsenden. Außerdem nehmen Vor-

stand, Kontrollkommission, Prüfkommission und Vertreter der „Gazeta Robotnicza“ am Parteitag teil. Zum Punkt Presse wurde beschlossen: Vom 1. Juni ab soll die „Gazeta Robotnicza“ dreimal wöchentlich erscheinen, in möglichst kurzer Zeit täglich.

Nach Erledigung einer großen Anzahl von Anträgen und der Annahme einer Sympathie-Resolution für die russischen Freiheitskämpfer wurde der Parteitag geschlossen.

Ein Sozialistenführer und Krankenkassenbetrüger.

Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, wie „ordnungsliebende“ Unternehmer wegen Unterschlagung von Krankenkassengeldern und Betrügereien gegen Arbeiter und Krankenkassen zu so geringen Strafen verurteilt oder gar freigesprochen werden, die Betrüger konvertierte Prozeß auf diesem Gebiete als eine Art Pflaumen für Unterschlagungen von Krankenkassengeldern und als eine Art Umetz zu Betrügern wirken können. Mit diesen Gesetzen ist mancher Unternehmer noch nicht zufrieden. In einer Gerichtsverhandlung, die am Sonnabend stattfand, suchte ein Buchdrucker, „besitz“ allen Genossen als neueste Bereicherung der Strafausfüllungsgründe dem für sich herauszuschlagen, daß die Betroffenen ja Sozialdemokraten und er eifriger Sozialistensekretär sei. Und beinahe hätte dieser Weibernann Erfolg gehabt. Ueber die Verhandlung selbst geht dem „Vorw.“ folgender Bericht zu: Am Sonnabend fand vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin II der Buchdrucker Walter Renne aus Weissensee, der bekannte, ebenso unerwidliche wie erfolgreiche Kämpfer der Sozialdemokratie. Zur Last gelegt waren ihm Vergehen gegen das Krankenversicherungsgesetz. Der Deutscher Arbeitervereinsklub der Angeklagte Beiträge aus der Zeit vom 27. März 1905 bis 16. Juni 1905 im Betrage von 86 39 Mt. Diese Summe war nicht einzuziehen, Zwangsvollstreckungen fielen fruchtlos aus; wie viel von dieser Summe Anteilbeiträge der Arbeiter waren, die diesen vom Angeklagten abgezogen wurden, konnte nicht festgestellt werden. Von der Kasse waren einige Personen ermittelt, denen er die Beiträge abgezogen hatte, einige Zeitungsträgerinnen hatten sogar die vollen Beiträge (drei Drittel) an die Frau des Angeklagten abgeliefert. Von den nicht ermittelten Personen behauptete Herr Renne stolz und lähn, diesen keine Anteilbeiträge abgezogen zu haben. Außerst charakteristisch für die Geschäftspraxis des R. ist wohl, daß innerhalb zwei Jahren die Firma mehrmals ihren Namen gewechselt hat: Walter Renne, Gertrud Renne, Renne u. Co., offene Handelsgesellschaft usw. usw., so daß, wenn eine Forderung eingezogen werden sollte, die ursprüngliche Firma bereits aufgelöst und die Nachfolgerin nicht für die Schulden der früheren haftend wollte, so daß der Angeklagte vor Gericht erklären konnte: Ich, Walter Renne, werde mich hüten, für Renne u. Co. die Schulden zu bezahlen. Vor Gericht behauptete der Angeklagte, die Kasse sei in sozialdemokratischen Händen, er wäre von der Verwaltung drangsaliiert und überhaupt schiene es auf der Kasse nicht mit rechten Dingen zuzugehen. Für diese wunderliche Einrede schien der Staatsanwalt offene Ohren zu haben. Der Gerichtsvorstand gab dem Angeklagten klar zu erkennen, daß der Zweck dieser Einrede klar ersichtlich sei. Als der Angeklagte immer wieder auf die „sozialdemokratischen Hände“ zur Reinigung seiner unsauberer Manipulationen hinwies, entgegnete der Vorsitzende ziemlich schroff: „Das haben Sie mehrmals gesagt, ich verbitte mir das. Der Staatsanwalt beantragte Freisprechung, weil nach seiner Ansicht dem Angeklagten nicht die Absicht innegewohnt habe, die Kasse zu betrügen. Einen tiefen Wüßling des Angeklagten zum Staatsanwalt hin und ein triumphierendes, überlegenes Lächeln zu den Vertretern der Betroffenen über diesen verblüffenden Antrag aus. Seine Gesichtszüge veränderten sich aber jäh, als das Gericht nach etwa einviertelstündiger Beratung das Urteil verkündete: Der Angeklagte ist schuldig, in Anbetracht seines gemeingefährlichen Gebarens mußte von einer Geldstrafe Abstand genommen werden. Der Angeklagte ist zu einer Gefängnisstrafe von acht Tagen unter Aufsehung der Kosten verurteilt. — Herr Renne wird nach wie vor in seinem Weissensee-Blättchen die bösen Sozialisten herunterreißen, die nicht einmal

das für Verständnis hatten, daß ein Unternehmer das Recht haben müsse, Arbeitergroßen Arbeitern und Krankenkassen zu unterschlagen.

Die „Gleichheit“ erscheint jetzt in einer Auflage von 37 000 Exemplaren. Bravo!

Preßprozeß. In der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ hat Genosse Fleißner das Verfahren eines Genossen getadelnd, der einen zu Unrecht des Diebstahls verdächtigten Arbeiter aus Bodwitz nach Dresden transportiert hatte, obwohl eine frühere Untersuchung an Ort und Stelle die Unschuld des Verdächtigten hätte zutage fördern müssen. Der Mann hatte dadurch eine Vorentscheidung von 3 Mt und auch sonstige Verluste. Genosse Fleißner hatte das Verfahren als unpassend bezeichnet und die Frage aufgeworfen, ob mit einem Wohlhabenden ebenso verfahren worden sei. Darin erklärte die 2. Kammer des Dresdener Landgerichts eine Beamtenbeleidigung und Genosse Fleißner wurde zu 30 Mt Geldstrafe verurteilt.

Zu drei Monaten Gefängnis wurde von der Königsberger Strafkammer der Genosse Krüger verurteilt wegen angeblicher Beleidigung der Königsberger Polizei durch einen Handzettel, der zu einer Versammlung des Vereins der Lehrlinge und jugendlicher Arbeiter einlud. Den Vorstoß führte der frühere Staatsanwalt in Gumbert, jetziger Landgerichtspräsident Schubert. Genosse Krüger ist erst 19 Jahre alt und völlig unbeschäftigt. Der Staatsanwalt hatte vier Monate Gefängnis beantragt. — Klassenjustiz?

Für die Opfer des russischen Befreiungskampfes sind neuerdings wieder 32 498 85 Mt. beim Parteivorstand eingegangen, mit den früher quantifizierten Beiträgen insgesamt 307 399 73 Mt.

Aus dem und fern.

Genickstarre. Die Genickstarre im Landkreis Dulsburg dehnt sich aus. Es wurden bisher gegen 100 Todesfälle und 40 weitere Erkrankungen festgestellt. — In Tropen sind bisher fünf Fälle von Genickstarre, darunter einer mit tödlichem Ausgang, vorgekommen.

Schwermet. Die Frau des Arbeiters Marter in Dessau erdrosselte aus Schwermut ihre fünfjährige Pflegetochter und ist seitdem verschwunden. Wahrscheinlich hat die Frau Selbstmord begangen. Sie sollte das Kind zurückgeben, konnte sich aber nicht von ihm trennen.

Ein kölnischer Musterpolizier. Vor der Strafkammer in Köln stand der Schuhmann Christian Udermann. Er hatte einen Mann wegen verbotenen Straßenhandels zur Wachtube geführt, ihn dort mit der Faust ins Gesicht geschlagen, ihn am Hals gewürgt und ihm dann noch zwei Hiebe mit der blanken Klinge versetzt, die dem Mann erheblich an der Schulter verwundeten. Der Mann war zwei Wochen lang arbeitsunfähig. Das Gericht erkannte auf vier Monate Gefängnis.

Militärjustiz. In drei Jahren und zwei Monaten Gefängnis hatte das Kriegsgericht in Frankfurt a. M. den Rekruten Rohaut von der 2. Komp. des 80. Regiments verurteilt, weil er bei einem Streit auf der Stube dem friedensstiftenden Studienältesten, einem Gefreiten, einen Stoß versetzt und gegen seine Kameraden vertriebene Gewalttätigkeiten verübt hatte. Einem von ihnen hatte er eine Ohrfeige gegeben, so daß der Mann beinahe zum Fenster hinausgefallen wäre; darin hatte das Kriegsgericht eine das Leben gefährdende Verwundung erblickt. Das Oberkriegsgericht kam in Uebereinstimmung mit dem Anklagevertreter zu einer milderen Auffassung. Der in der Aufsehung erfolgte Stoß gegen den Gefreiten war allerdings ein tödlicher Angriff gegen einen Vorgesetzten, erlitten aber dem Verurteilten als minder schwerer Fall, die dem Führer gegebene Ohrfeige als einfache Körperverletzung und so wurde die Strafe auf ein Jahr und fünf Monate Gefängnis herabgesetzt. — Jamerich noch hart genug!

Kurz war die Freiheit. Zwei Verbrecher, die dem Zuchthaus zugeführt werden sollten, sprangen, nach einer Meldung aus Frankfurt a. M., aus einem in voller Fahrt befindlichen Eisenbahnzug. Der Transporteur ließ sofort den Zug halten. Die beiden, die durch den Sprung ziemlich schwer verletzt waren, wurden mit Hilfe von Feldarbeitern wieder eingefangen.

Von einer Lawine überrascht. Nach einer Meldung aus Innsbruck wurden in Toblach 14 Arbeiter des dortigen Silberbergwerks von einer Lawine überrascht; 11 wurden mitgerissen, jedoch bis auf einen gerettet.

Jugendlicher Mörder. Aus Marseille wird gemeldet: Die 62jährige Witwe der Pöpel wurde von ihrem 18jährigen Enkel Jerry mit einem Hammer getötet. Der Mörder zündete das Haus an, um die Spuren seiner Tat zu verwischen.

Nerven russischer Fürsten. In der Nervenklinik an der Universität von Göttingen befinden sich zur Zeit vier russische Fürstinnen, unter ihnen zwei Großfürstinnen und eine Großfürstin. Die kleine Notiz spricht Bände, deren einzelnes Kapitel sehr lesenswert sein dürfte.

Schwindler. Die Beamten des Hauptpostamtes in London hatten einen gewöhnlichen schwindelhaften Banden gegründet. An der Spitze dieses Verbandes stand ein Mr. Cann, der nunmehr verschwunden ist und gegen den ein Haftbefehl erlassen wurde. Der Schwindler soll den Verein um 25 000 bis 30 000 Pf. St. geschädigt haben. Der Verein besteht seit dem Jahre 1882.

Amliche Notierungen der Produktendörse.
Inländisches Getreide. Rüböl 25. April.
Weizen, 125—130 Pf. holl., Mt. 169—175, Roggen 120—125 Pf. Mt. 157—163, Hafer, je nach Qualität Mt. 160—170, Gerste, je nach Qualität Mt. 160—170.

Sternschanz-Viehmarkt.
Hamburg, 25. April 1906.
Der Schweinehandel verlief ruhig.
Zugeführt wurden 312 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Sengschweine — Mt. Veranschweine: Schwere 64—Mt., leichte — 65 Mt., Seuen 55—58 Mt. und Ferkel 62—64 Mt. pro 100 Pfund.

brau neu belebt. Der Tempel ist wieder offen, frisch aufgeführt und vielfach veredelt, und der laufige Tod hat sich natürl. vollständig erholt, während die gute Frau Carth mit ihrem Nachbarn und den Kunden ihres gut versorgten Ladens nach Herzenslust schwätzt und wunderbare Geschichten erzählt von dem großen Streit und den Krauollen des Jahres 1842. —

Und so schließt ich die letzte Seite eines Wertes, das, wenn auch seine Form leicht und anspruchslos ist, doch seine Beter zu ersten Betrachtungen anregen soll. Vor einem Jahr unternahm ich es, dem Publikum einige Bände (der Roman Comingsby ist gemeint) zu bieten, welche die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Stand unserer politischen Parteien zu lenken bezweckten: auf ihren Ursprung, ihre Geschichte, ihre gegenwärtige Lage. In einem Bittaker der politischen Untreue, der gemeinen Leidenschaft und der kleinsten Gedanken wollte ich das heranwachsende Geschlecht ermahnen, nicht zu verzweifeln, sondern in einem richtigen Verständnis der Geschichte unseres Landes und in der Schwungkraft der heftigen Jugend die Grundlagen der nationalen Wohlfahrt zu suchen. Das gegenwärtige Werk ist ein Schritt in derselben Richtung. Von der Lage der Parteien soll es die öffentliche Aufmerksamkeit ziehen auf die Lage des Volkes, das jene Parteien zwei Jahrhunderte lang beherrscht haben. Die Erkenntnis und die Heilung dieser Mißstände hängen von den nämlichen Bedingungen ab, wie die jener Mißstände. Die Vergangenheit allein kann die Gegenwart erklären, und die Zukunft allein kann uns die erlösende Zukunft bringen. Die geschriebene Geschichte der letzten zehn Regierungen unseres Landes ist ein reines Phantastengebilde, das dem Ursprung und den Wirkungen der politischen Handlungen eine von der Wahrheit durchaus verschiedene Färbung und Gestalt gibt.

In dieser mythischen Dichtung haben alle Gedanken und Dinge einen der Wirklichkeit widersprechenden Charakter und Namen angenommen: die Oligarchie wird Freiheit genannt; eine ausschließliche Priesterschaft ist „nationale Kirche“ genannt worden; Souveränität ist die Bezeichnung

für etwas, das keine Macht hat, während unbeschränkte Gewalt ausgrüßt wie von dem, welche sich als Diener des Volkes aufspüren. In dem selbstthätigen Kampf der Parteien sind zwei groß: Engländer aus der Geschichte Englands angeführter worden — der Monarch und die Menge. Wie die Macht der Krone sich vermindert hat, so sind die Rechte des Volkes vermindert, bis endlich der Ägypter ein Schauspiel und der Arbeiter ein Selbstiger geworden ist.

Vor jetzt beinahe vierzehn Jahren mitten im Wirbelsturm einer gemeinen und selbstthätigen Revolution, welche weder die Krone noch das Volk befreite, nahm ich zum ersten Male an der Versammlung der ersten Versammlung meines Landes teil, und der ich zu reden die Ehre hatte, diese Ueberzeugungen darzulegen. Sie wurden mißverstanden, wie das stets für eine Zeit lang das Schicksal der Wahrheit ist; und sie haben ihrem Verkünder viele Angriffe und Verleumdungen zugezogen, wie das zu allen Zeiten das Los derer sein wird, welche das ausgetretene Geste nützlicher Gewohnheit verlassen. Aber die Zeit, welche alles ans Licht bringt, hat auch in dem Geist des englischen Volkes schon die Abnung emporkommen lassen, daß die so lang angebeteten Götzen und die so lange gläubig gehörten Orakel keine Anbetung und keinen Glauben verdienen. Es geht schon ein Gespür durch das Land, daß die Loyalität keine Phrase, der Glaube kein Wahn und die Volkstheorie etwas anderes ist, als die Ausübung der heiligen Souveränitätsrechte durch politische Klassen.

Daß wir die Zeit erleben mögen, wo England wieder eine freie Monarchie und ein freies, glückliches Volk besitzt, das ist mein Gebet; daß wir dieser großen Errungenschaften nur durch die Tatkraft und Hingebung unserer Jugend teilhaftig werden können, das ist meine Ueberzeugung. Jung sein und teilnahmslos sein, sonst gleichbedeutend, kann in der Gegenwart nicht mehr gleichbedeutend sein. Wir müssen uns für die kommende Stunde vorbereiten. Die Ansprüche der Zukunft werden durch kollektive Millionen vertreten; und die Zukunft eines Volkes ist seiner Jugend anvertraut. Ende.